Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4.90 Mk., frei Haus 5.— Mk.; durch unsere Landboten 5.20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- u. Bezugsgeld. Einzelnummer 25 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 1 Mk., für Stellenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.

Mit der wöchentlich 3 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 33 — Mittwoch den 9. Februar 1921 — 47. Jahrg.

Reichsfinanzen und Ententeforderungen.

Von Dr. Pachnicke, M. d. R.

78 Sitzungen hat der Hauptausschuß auf die Beratungen des Etats seit vorigem Herbst verwendet. Abstriche sind dabei nur in ganz geringfügigem Maße erfolgt; es kamen im Gegenteil Wünsche nach Erhöhungen bei den verschiedensten Titeln zum Ausdruck. Am Schlusse des mit dem 31. März ablaufenden Finanzjahres steht ein Fehlbetrag von 80 bis 90 Milliarden Mark. Auf 79 Milliarden wurde er bereits vor 2 bis 3 Wochen geschätzt. Inzwischen aber sind weitere Forderungen großen Stils hinzugetreten und neue stehen in Aussicht.

Für die Erwerbslosenunterstützung ist bereits etwa eine Milliarde Mark ausgegeben. Eine zweite Milliarde wurde in einem Ergänzungsetat des Arbeitsministeriums soeben gefordert und bewilligt. Davon sollen etwa 50 Millionen monatlich zur Unterstützung, der Rest zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit verwendet werden. Für Wohnungszwecke haben Reich, Länder und Gemeinden seit dem November 1918 4.2 Milliarden ausgegeben, ohne daß die Wohnungsnot dadurch fühlbar gelindert wurde. Um nicht auch das Baujahr 1921 ungenützt vorübergehen zu lassen, entschloß sich die Finanzverwaltung, über das bisher Geleistete hinaus noch 1½ Milliarden an Vorschüssen für Länder und Gemeinden zu bewilligen, welche ihrerseits durch später einzuführende Steuern dafür Deckung bieten sollen. Ob das Reich tatsächlich wieder zu seinem Gelde kommt, ist keineswegs sicher. Einstweilen schafft die Notenpresse Deckung.

Ein weiterer in den geschätzten 79 Milliarden nicht enthaltener Ausgabeposten betrifft die Zuwendungen des Reichs an die Länder für Gehaltserhöhungen. Über die 20 Milliarden hinaus, welche die Besoldungsordnung und das Pensionsergänzungsgesetz erfordern, muß das Reich zur Bestreitung des neuerdings bewilligten Teuerungszuschlages etwa 4 weitere Milliarden zahlen. Die Länder empfangen einen Zuschuß, die Gemeinden nicht. Der Reichsrat hatte gebeten, wenigstens 100 Millionen auszuwerfen, damit bedürftige Gemeinden in die Lage gesetzt werden, die erhöhten Gehälter zu bezahlen. Welche Gemeinden sind aber heute nicht bedürftig oder würden sich nicht als bedürftig bezeichnen, sobald es gilt, aus einem Fonds Zuwendungen zu erlangen. Die 100 Millionen wären dann nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

5½ Milliarden sind kurzerhand zur Verbilligung von Auslandsgetreide, 1,3 Milliarden zur Verbilligung von Auslandsmais für Futtergemische, 500 Millionen für phosphorsäureholtige Düngemittel, 277 Millionen für Frühbruchsprämien bewilligt worden. Nach Milliarden zählende Opfer werden noch erforderlich, um die Ansprüche der Reeder zu befriedigen, die ihre Handelsflotte wieder herstellen wollen. Viele Milliarden sind nötig, um die Auslandsdeutschen zu entschädigen, die im Krieg ihr Vermögen verloren haben. Es braucht ferner nur eine neue Teuerungswelle oder infolge der beabsichtigten Änderung der Mietsordnung eine erhebliche Mietssteigerung zu kommen, dann ist eine neue Lohn- und Gehaltsbewegung da, die wiederum Milliarden verschlingt.

Die Finanzlage ist also über alle Maßen trostlos. Dazu kommen die Propositionen des Feindbundes, die sich, wenn nicht noch ein Wunder geschieht, in Dezisionen verwandeln und mit Sanktionen enden werden. Noch sind es Vorschläge, bald werden es Vorschriften sein, deren Nichterfüllung die angedrohten Strafen nach sich zieht. Die Entente will uns erst wehrlos machen und uns dann wirtschaftlich knebeln. Wie wir dabei aber Summen von geradezu astronomischen Größenverhältnissen zahlen sollen, das ist ihr Geheimnis.

Neue Steuern werden angekündigt auf Zucker, Süßstoff, Branntwein, Devisen, Versicherungen und auf Kohle. Aber selbst wenn der Reichstag, was keineswegs feststeht, sie alle bewilligen sollte, würden höchstenfalls einige Milliarden Papiergeld herausspringen, welche zu den erstmalig geforderten zwei Milliarden Goldmark außer allem Verhältnis stehen. Wieder müßte die Notenpresse helfen. Die jetzt bereits 79 Milliarden betragende schwebende Schuld stiege ins Ungeheure weiter. Damit aber würden wir uns den Geld- und Marktverhältnissen Österreichs nähern, das uns in dieser Richtung immer nur 1½ Jahre voraus war.

Hätte der Feind auch nur eine Spur von wirtschaftlicher Einsicht, so müßte er seine Forderungen nach Maßgabe der zu erwartenden Gegenvorschläge herabsetzen. Darf man soviel staatsmännische Einsicht von Leuten erwarten, deren Augen von Rachsucht geblendet sind?

*

Deutschland nimmt die Einladung nach London an.

Das Auswärtige Amt hat auf die an die deutsche Regierung ergangene mündliche Einladung zur Londoner Konferenz nunmehr der französischen Botschaft geantwortet, daß diese Einladung nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung angenommen werde, daß auch die deutschen Gegenvorschläge auf der Konferenz zur Beratung gestellt werden.

Nach der Erklärung Dr. Simons im Reichstag bilden die Pariser Beschlüsse nach Ansicht der deutschen Regierung keine geeignete Grundlage für Verhandlungen. Die Reichsregierung will daher durch Gegenvorschläge eine neue Grundlage zu Verhandlungen finden. Nur unter dem Vorbehalt, daß diese deutschen Gegenvorschläge in London auch zur Beratung kommen, kann nach ihrer Stellungnahme die Regierung die Einladung nach London annehmen. Sie zwingt durch diesen Vorbehalt zugleich die Entente, sich rechtzeitig zu erklären, ob es sich in London nur um ein Diktat handeln soll, oder um wirkliche Verhandlungen zwischen Parteien mit gleichen Rechten.

Zwei unvereinbare Forderungen.

London, 8. Febr. Zu der Rede Lloyd Georges in Birmingham schreibt der „Star": Lloyd Georges Politik in der Reparationsfrage sei das aus Latten und Leinwand zusammengesetzte Schloß des Kulissenschiebers, das die Unordnung und Verwirrung, die dahinter stecke, verhüllen solle. Deutschland, darüber seien sich alle einig, müsse für die Ruinen und die Verheerung, die es angerichtet habe, eine Reparation bezahlen. Man habe jedoch bereits seine Kolonien genommen und Teile seines europäischen Besitzes, dazu seine Schiffe, sein Hauptkohlengebiet und eine beträchtliche Summe in Gold. Deutschland müsse den übrigen Teil der Reparation in Waren bezahlen; sofort erhebe sich aber in allen Ländern der Alliierten scharfer Widerstand dagegen. Die „Westminster Gazette" schreibt: Die Politiker versuchen zwei miteinander unvereinbare Forderungen, die Forderung nach Riesenentschädigungen und die Forderung, daß die eigenen Industrien durch die billigen deutschen Waren nicht in Mitleidenschaft gezogen werden sollen, zugleich zu befriedigen. In Lloyd Georges Rede seien Anzeichen dafür vorhanden, daß er die ganze Wahrheit kenne, ebenso die Wahrheit darüber, ob aus Deutschland in seiner augenblicklichen Lage Waren zu erhalten seien. In seinem unerschütterlichen Glauben an den Wert von Erörterungen sage er Simons, er solle kommen und noch einmal darüber reden. Der „Manchester Guardian" führt aus: Das Geheimnis der Entschädigung sei durch Lloyd Georges Rede in ein noch tieferes Dunkel gehüllt. Das Blatt fragt, ob Lloyd George auf eine vermutete Unwissenheit seiner Zuhörer spekuliert habe oder ob er den Franzosen habe ein Kompliment machen wollen, die, nach ihrer Presse zu schließen, von seiner Rede entzückt zu sein schienen.

Die Aufnahme der deutschen Antwort.

London, 9. Febr. Reuter meldet aus Berlin, in dortigen britischen und französischen Kreisen werde die Antwort Deutschlands auf die Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz für befriedigend angesehen. Der Ton der deutschen Antwort sei verbindlicher als ursprünglich erwartet worden sei. Dies werde dahin ausgelegt, daß Dr. Simons sich in seiner Haltung von einsichtsvollen Erwägungen habe leiten lassen.

Der Kohlenüberfluß in Frankreich — katastrophal!

Paris, 9. Febr. Infolge der durch das Spaer Abkommen ermöglichten Hamsterung der deutschen Kohlen stockt der Absatz der französischen Gruben in fast katastrophaler Weise. Die Abnahme ganzer Kohlenzüge wird verweigert, weil die Aufnahmefähigkeit der Bezieher überschritten ist. Falls dieser Zustand nur noch 10 Tage andauert, so ist nach dem Urteil der Bergwerksdirektoren eine Arbeitseinstellung unvermeidlich.

Frankreich nimmt die deutschen Protestkundgebungen nicht ernst.

Die französische Presse will die Protestbewegung, die sich in Deutschland so elementar Bahn bricht, nicht für ernst nehmen. Der „Matin" spricht von einem bedauerlichen Geisteszustand in Deutschland. Die anderen Blätter trösten sich alle damit, daß die deutsche Aufregung nicht allzu ernst gemeint sei, und daß mar derartigen Schauspielen bereits wiederholt beigewohnt habe. Sie würden sich wiederholen, wie vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, indem nämlich die guten Deutschen wieder nachgeben werden. Man habe jetzt Bayern vorgeschoben, damit dieses die erste Violine in dem Protestkonzert spielt, weil man glaubt, daß Bayern und Frankreich größere Sympathie füreinander hegen. Aber diese angebliche, künstlich hervorgerufene Aufregung verfehle ihre Wirkung auf die französische Öffentlichkeit, die genau wisse, was ernst und was falsch sei, und die vor allem das bewundernswerte Heilmittel in Händen habe, wenn Deutschland sich nicht gefügig zeige, Zwangsmaßnahmen eintreten zu lassen.

Der französische Botschafter in Berlin, Charles Laurent, traf gestern in Paris ein und berichtete Briand über die gegenwärtige Lage in Deutschland. Indes regt sich nicht nur in den liberalen englischen, sondern auch in zwei französischen Zeitungen zum ersten Male der Widerstand gegen die Abmachungen von Paris, und zwar bezieht sich dieser auf die Ausführtage.

„Frankreich geistig nicht normal" — ein englisches Urteil.

Hamburg, 9. Febr. Ein hiesiger englischer Kaufmann hat, wie ein Privattelegramm der „Frankf. Ztg." meldet, von einer sehr wichtigen finanziellen Persönlichkeit der Londoner City folgenden Brief erhalten:

Sie fragen mich nach der hiesigen Auffassung in der Reparationsfrage. Auf die Ansicht der Mehrheit, die sich lediglich durch die Äußerungen und Berichte der Presse beeinflussen läßt, kommt es nicht an: maßgebend ist allein die kleine Minderheit führender Köpfe, von denen die Dinge in Wirklichkeit abhängen.

Diese Leute meinen, daß Frankreich tatsächlich nicht allzuweit von einem finanziellen Zusammenbruch entfernt ist und daß aus diesem Grunde die französische Regierung und die Presse und das Volk Frankreichs in der Frage der deutschen Reparation in kommerzieller Beziehung kaum als geistig normal angesehen werden können. Die Franzosen haben unsere Regierung in völlig unvernünftiger Weise zu mehr oder weniger energischer Unterstützung der Forderungen veranlaßt, die jetzt geäußert worden sind. Die Ansicht derjenigen Leute der City, die Verstand besitzen, geht dahin, daß wir niemals einen Betrag erhalten werden, der sich irgendwie der jetzt von Deutschland geforderten Summe nähern wird. Wahrscheinlich werden wir nicht einmal ein Viertel bekommen. Einige gehen sogar so weit, zu meinen, daß nicht einmal ein Zehntel eingetrieben sein werde. Deutschland kann nur in Waren zahlen. Wenn es die Waren in großen Mengen auf Frankreich und England ausgießt, dann wird der Rest des Handelsgeschäfts, der Frankreich geblieben ist, fast ganz vernichtet und die Industrie Englands in alarmierender Weise stranguliert werden, so daß unser Volk unter ausgedehnter Arbeitslosigkeit zu leiden haben wird. Mit anderen Worten: Irgend etwas, was über einen mäßigen Indemnitätsbetrag hinausgeht, wird in Wirklichkeit von uns selbst getragen werden, und wenn nicht irgendein Arrangement getroffen werden kann, unter welchem Deutschland zugleich mit uns in relativem Maße seine verlorene Handelskraft wiedergewinnen kann, muß ganz Europa und in der Tat die ganze Welt in dem Hexenkessel bleiben, in dem wir uns gegenwärtig befinden. Die Pariser Vorschläge sind ein wahnsinniger Versuch, das Unmögliche zu vollbringen. Ich habe in meinen obigen Bemerkungen mein Urteil vielleicht ein wenig übertrieben, um das zu unterstreichen, was in sehr entschiedener Weise die Ansicht der Leute ist, die sich wirklich bemühen, zu einer Lösung der Frage zu kommen.

Die unmögliche Abrüstung der Ostfestungen.

Die Pariser Beschlüsse enthalten neben den Wiedergutmachungsfragen bekanntlich auch genaue Vorschriften über die weitere Entwaffnung, insbesondere über die Schleifung der noch verbleibenden wenigen Ostfestungen, wie Königsberg, Swinemünde, Pillau und Küstrin. Unter allen möglichen Vorwänden wird der Versuch gemacht, diese für die Verteidigung Deutschlands unbedingt notwendigen Festungen widerstandslos zu machen. Es erübrigt sich, auf die technischen Einzelheiten einzugehen, es genügt die Feststellung, daß die Ostfestungen vollständig ihres modernen Verteidigungscharakters entkleidet werden sollen. Hiergegen müssen wir selbstverständlich immer wieder Einspruch erheben, weil der Zustand im Osten, insbesondere die ungeklärte Lage zwischen Polen und Ostpreußen und unsere ganze Aufmerksamkeit erfordert. Die Entente müßte doch einsehen, daß sie sich mit der Forderung unserer vollständigen Abrüstung im Osten unter Umständen ins eigene Fleisch schneidet.

Ende des Pfälzer Milchstreiks.

Berlin, 9. Febr. Wie die Pfälzische Post meldet, hat die freie Bauernschaft den Milchstreik nunmehr bedingungslos abgebrochen.

Für Verlängerung des Achtstundentages für Familienväter.

Berlin, 9. Febr. Dem Reichstag ist aus Erfurter Unternehmerkreisen eine Eingabe zugegangen, in der um die Aufhebung des Achtstundentages für Familienväter, die im Interesse ihrer Familien länger arbeiten wollen, gebeten wird.

Deutscher Dank an Amerika für die Milchkühe.

Berlin, 9. Febr. Aus Anlaß der Ankunft des ersten Transportes amerikanischer Milchkühe, der bekanntlich am 7. Februar mit dem Dampfer „West Arrow" in Bremen eingelaufen ist, hat der Ernährungsminister, wie mitgeteilt wird, den amerikanischen Geschenkgebern durch nachstehendes Kabeltelegramm den Dank der Regierung übermittelt: „Glückliche Ankunft des ersten Transportes Milchkühe gibt mir Veranlassung, allen Spendern wie der tatkräftigen Unterstützung durch die Dairco bei Lösung des schwierigen Problems tief empfundenen Dank auszusprechen. Erneut erwiesene amerikanische Opferfreudigkeit für das durch Hungerblockade erschöpfte deutsche Volk wird in weiten deutschen Kreisen aufrichtigste Gefühle der Dankbarkeit auslösen. Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. Dr. Hermes."

Die bayerischen Sozialisten gegen die Regierung.

Nürnberg, 9. Febr. Die sozialistische Partei Frankens veröffentlicht einen Aufruf an die nordbayerische Bevölkerung, in dem es u. a. heißt: „Das Interesse Nordbayerns liegt nicht bei den Separatisten, sondern in der Einheit des Deutschen Reiches. Die werktätige Bevölkerung Nordbayerns hält eine Zersplitterungspolitik für verhängnisvoll und katastrophal. Kommt die Regierung in München nicht in letzter Stunde zur Besinnung, löst sie es auf den Bruch mit dem Reiche ankommen, dann wird die arbeitende Bevölkerung von Nordbayern ebenso wie die Bevölkerung von Württemberg und Baden das Tischtuch mit München zerschneiden und sich auf die Seite des Reiches stellen."

Schneiderstreik in Stettin.

Stettin, 9. Febr. In Stettin sind gestern die Schneider, sowie die in der Herren- und Knabenkonfektion beschäftigten Heimarbeiter in den Ausstand getreten. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten nehmen 5000 Arbeitnehmer am Streik teil.

Das neue Anschlußverbot für Österreich.

Wien, 9. Febr. Die konstituierende Wiener „Montagszeitung" bestätigt, daß die Mantelnote, die dem Protokoll der Pariser Verhandlungen beigegeben ist, das Anschlußverbot aufs neue betont. Gleichzeitig verwahrt das Blatt darauf, daß der Wiener französische Geschäftsträger nach dem österreichischen Kabinettswechsel dem Bundeskanzler Dr Mayr mitteilte, daß, falls Österreich tatsächlich den Anschluß zu vollziehen beabsichtigt, die Besetzung Wiens durch tschechische Truppen und die Besetzung Kärntens durch südslawische Truppen in Aussicht genommen sei.

Konflikt zwischen Japan und Wladiwostok.

Washington, 9. Febr. (TU.) Die Beziehungen zwischen Japan und der Regierung von Wladiwostok sind nach Meldungen aus Tokio sehr gespannt. Es droht der Ausbruch von Feindseligkeiten.

Eine Schweizer Überraschung für den Völkerbund.

Paris, 9. Febr. (TU.) Der vom Schweizer Bundesrat gefaßte Beschluß, dem für die Wilmaer Volksabstimmung bestimmten alliierten Truppenkontingent den Durchmarsch durch die Schweiz nicht zu gestatten, hat die Leiter des Völkerbundes überrascht. Man erwartet, daß bei dem am 21. Februar erfolgenden Zusammentritt des Völkerbundrates des Generalsekretariat Protest dagegen erheben wird.

Matrosenaufstand in Kronstadt.

Helsingfors, 9. Febr. Ende Januar meuterte ein großer Teil der Matrosen in Kronstadt. Nach russischen Blättermeldungen wurde der ganze Hafen von den Meuterern besetzt und der Oberkommissar der Flotte verhaftet. Zur Unterdrückung des Aufstandes wurden Truppen aus Moskau abgesandt, die in schwere Kämpfe mit den Rebellen verwickelt wurden. Da die meuternden Matrosen auch nach Petersburg kamen, wurde der Belagerungszustand über die Stadt verhängt.

Politische Uebersicht.

England.

Das Schicksal der Kriegsgefangenen in Ägypten.

Genf, 9. Febr. Der Oberkommissar des Völkerbundes für die Heimschaffung der Kriegsgefangenen erhielt vom britischen Minister des Äußern die Mitteilung, daß von den 433 österreichischen und deutschen Kriegsgefangenen, die während des Krieges in Ägypten interniert waren, 413 auf ihr Ansuchen hin nach Palästina gebracht wurden, die anderen wünschen nach Deutschland gebracht zu werden. Ihre Heimsendung erfolgt, sobald die Transportmittel zur Verfügung stehen.

Türkei.

Abreise der türkischen Mission nach London.

London, 9. Febr. Reuter meldet aus Konstantinopel, daß die Regierung von Angora die Abreise der Mission für die Londoner Konferenz via Adalia mitgeteilt und ersucht hat, daß die Konferenz wegen der Möglichkeit einer verspäteten Ankunft der Mission verschoben werden möchte.

*

Deutschland.

Kosten des verlorenen Krieges.

Dem Vierundzwanzigsten Ausschuß des Reichstages sind interessante statistische Angaben über die Vorentschädigungen geschädigter Deutscher zugegangen. Wir bringen daraus folgende bemerkenswerte Zahlen: 1. Auslandsschäden. Bis zum 31. Dezember 1920 waren beim Bund der Auslandsdeutschen rund 52 000 Anträge eingegangen, wovon 27 000 an die Spruchkommission abgegeben sind, so daß beim Bunde unerledigt bleiben 25 000 Anträge. Beim Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen sind 11 000 Anträge eingegangen, an die Spruchkommissionen abgegeben oder sonst erledigt sind 5000 Anträge, unerledigt sind beim Verband 6000 Anträge. Bei den 68 Spruchkommissionen sind von 83 915 Anträgen 27 747 durch Spruch erledigt, sodaß unerledigt noch 6168 Anträge sind. Zuerkannt haben die Spruchkommissionen bisher insgesamt 325 Millionen Mark. Davon sind rechtskräftig gewordene Sprüche über rund 210 Millionen Mark, davon ausgezahlt 150 Millionen Mark, während wegen der restlichen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210209-15/fragment/page=0001

60 Millionen Mark die Zustimmung der Finanzämter noch aussteht. Von den Kolonialschäden sind von der Spruchkommission bisher zuerkannt 102 484 000 ℳ. Von Elsaß-Lothringern sind 30 674 Schadensanmeldungen eingegangen. An Vorentschädigungen einschl. Abfindungen wurden bisher bewilligt an Beihilfen und Unterstützungen für Verdrängungsschäden rund 35 Millionen Mark, an Vorschüssen für Liquidationsschäden 1 165 000 000 ℳ, von denen 945 Millionen auf die Schwerindustrie und Vorkriegsbesitzer Betriebe entfallen. Die den Reiche hinsichtlich Elsaß-Lothringens voraussichtlich erwachsende Entschädigungslast wird sich auf 2,7 Milliarden stellen. Über die Schäden in den Ostmarken sind Angaben noch nicht gemacht, da sie bisher von Preußen vorschußweise herausgabt sind. An sonstigen Zuwendungen (Darlehen, Flüchtlingsfürsorge, Möbelbeschaffung) hat das Reich 888,7 Millionen verausgabt. Zu diesen ungeheuren Summen treten noch die von den einzelnen Ressorts an Vorkriegsbesitzer Betriebe und die Kosten der Flüchtlingsfürsorge für Auslandsdeutsche, die Preußen verauslagt hat.

Provinz und Nachbarländer.

h. **Halle**, 9. Febr. Die Zahl der zur Quäkerspeisung zugelassenen vorschulpflichtigen Kleinkinder ist jetzt auf 1000 erhöht, die gleichzeitig mit den Schulkindern in den städtischen Schulen gespeist werden.

h. **Quedlinburg**, 9. Febr. Schüler der oberen Klassen eines Gymnasiums haben an ihre Mitschüler, auch solche an anderen höheren Schulen, einen Aufruf gegen das Zigarettenrauchen ergehen lassen.

*

Die Zustände im Mansfelder Revier.

Eisleben, 8. Febr. Der Vorstand des Mansfelder Gewerkschaftskartells, die Sozialdemokratische Partei (SPD.), Unterbezirk Mansfeld, und die Unabhängige sozialdemokratische Partei (USP.), Unterbezirk Mansfeld, erlassen aus Anlaß der Massenaktionen der letzten Tage im Mansfelder Bezirk einen Aufruf an die Arbeiter Mansfelds, in dem es heißt: „Es ist unter anderem bereits mit zukünftiger Verweigerung von Notstandsarbeiten gedroht worden. Sollten derartige Drohungen in die Tat umgesetzt werden, so würde, und das muß jeder vernünftige Bergmann auch einsehen, unabsehbarer, nie wiedergutzumachender Schaden und tiefes Elend über die Mansfelder Lande gebracht werden. Denn bei auch nur vorübergehendem Stillstehen der Pumpen auf den Werken würden die Schächte ersaufen, und auf Jahre hinaus wäre jede Arbeit und Erwerbsmöglichkeit im Mansfelder Bergbau unmöglich. Gleichzeitig wäre die Versorgung der Bevölkerung mit Licht und Wasser in Frage gestellt. Nur Unverantwortliche können sich über die vorstehend aufgeführten Wahrheiten leichtfertig hinwegsetzen."

Räuberischer Überfall auf ein Ölbdorf.

Magdeburg, 9. Febr. Das Dorf Rajoch bei Aken a. E. wurde am Montag von einer 15 Mann starken Räuberbande überfallen, um eine Plünderung vorzunehmen. Die Räuber hatten bereits Geld und Wertgegenstände sowie Lebensmittel erbeutet, wurden dann aber verscheucht. Einige Mitglieder der Bande konnten verhaftet werden, während die übrigen in einen nahen Wald entkamen.

† **Leipzig**, 8. Febr. Der Herausgeber des Leipziger Schandblattes „Die Fackel", Detektiv Werner, wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft mit seiner Frau wegen Erpressung verhaftet.

Wilder Landarbeiterstreik in Olvenstedt.

Nachdem erst vor 14 Tagen ein Lohntarif für die Bördekreise zum Abschluß gekommen ist, haben die Arbeiter schon wieder neue Forderungen eingereicht, die weit über den tariflichen Vereinbarungen hinausgehen. Die Forderungen wurden von den Arbeitgebern abgelehnt, worauf die Landarbeiter in den Streik von neuem eintraten. Zur Aufrechterhaltung der erforderlichen Arbeiten sind seit einigen Tagen 10 Mann der Technischen Nothilfe und 15 Mann der Sipo in Tätigkeit getreten. h.

Kleine Rundschau in der Provinz.

In **Quedlinburg** wurde der Gärtnereibesitzer Grützemann zu einer Geldstrafe von 85 000 ℳ verurteilt. — Stud. phil. Kühn, der Sohn eines Lehrers von **Wittenberg**, hat mit 18 Jahren die verantwortliche Stelle eines Reichstagsstenographen erlangt. Bei der Prüfung wurden 5 Minuten lang 280—300 Silben in der Minute diktiert, die in 35 Minuten übertragen werden mußten. — In **Gera** wurde in eine heftige Kontrollerei eingeschritten, wobei die Diebe über zwei Zentner Tabak und ungefähr 1000 Stück Zigarren ein wenderen. — In **Einöbe** bei Roßbach kehrte der Fleischer Hoffmann heim und zeigte seiner 15-jährigen Tochter einen neugekauften Revolver. Plötzlich löste sich ein Schuß, der das junge Mädchen sofort tötete. — Infolge von Schwermut ertränkte sich in dem stark angeschwollenen Elsterflusse eine junge Bauersfrau aus Ingelsburg mit ihrem erst einige Wochen alten Kinde. — Vor sechs Wochen hatte eine Bande den Güterschuppen des Bahnhofs **Bellsdorf** angesprengt. In dieser Sache sind nunmehr der Barbier Mäßel und die Arbeiter Kühnast und Otto aus Alsleben verhaftet worden. — Der Überfall auf den Zuckerkahn in **Alsleben** ist aufgeklärt worden. 14 Sack Zucker, die 8 Räuber davon geschleppt hatten, wurden beim Handelsmann Scherf in Wesenlaubslingen gefunden. — Der Handelsmann Franz Haberland wurde bei **Alsleben**, als er von Güsten mit einem Schweine vorgefahren kam, von vier bewaffneten Strolchen überfallen und der Geldtasche mit 1500 ℳ Inhalt beraubt. — In **Gröningen** ist an einem russischen Arbeiter eine gemeine Mordtat verübt worden. Man fand den völlig verstümmelten Leichnam in einem Tümpel liegen, der mit einer Ackerwalze verbarrikadiert war. — Amtlich ist festgestellt worden, daß im Kreise **Herbst** über 120 000 Zentner Protgetreide nicht abgeliefert worden sind. — Gegen die säumigen Ablieferer soll nunmehr mit strengsten Maßnahmen vorgegangen werden. — Der Weiterbau der Bahnlinie von **Nottleberode** nach **Stolberg** wird demnächst eingestellt, da Schienen schwer zu beschaffen und zu teuer seien, so daß das Betriebsdefizit der Bahnverwaltung nach Inbetriebnahme der Strecke noch größer werden würde. — In **Webderstedt** drangen drei Räuber in die Villa der Witwe des Gutsbesitzers Arpke, sperrten die im Hause anwesenden drei Personen in ein Zimmer und bedrohten die Drohungen mit einem vorgehaltenen Revolver 15 000 ℳ. — Auf dem Seitenhäuser Wege bei **Sangerhausen** wurde der Gleisarbeiter Franke, als er mit seinem Petroleumwagen nach Hause fuhr, von zwei Räubern überfallen und seiner Geldtasche mit 10 000 ℳ beraubt. — In **Erfurt** ist der Vertreter der Reichstreuhandgesellschaft, Arthur Schleintz, im Zusammenhang mit der Untersuchung über die umfangreichen Erfurter Waffenschiebungen verhaftet worden. — In **Hohegarten** stiftete der Fabrikbesitzer Hohmann-Erfurt 1000 ℳ zum Bau eines Denkmals zum Andenken der Gefallenen im Weltkriege. — Von den beiden Wärterinnen des Karl Friedrich-Hospitals in **Blankenhain**, die sich, als ihre Diebereien aufgedeckt wurden, mit Sublimat vergifteten, ist die Wärterin Wohlfeld gestorben. Die in Untersuchungshaft sitzende Oberwärterin Schachtschabel verweigert jede Nahrungsaufnahme. — In **Plötzky** bei Magdeburg sind bei dem sozialdemokratischen Ortsvorsteher drei Gewehre, drei Pistolen mit den dazugehörigen Patronen und verschiedene andere Sachen, die aus einem Diebstahl in Magdeburg herrühren, gefunden worden. Der Ortsvorsteher wurde verhaftet.

Merseburg und Umgegend.

9. Februar.

** **Für Kleinhändler von Kommunal-Textilwaren** veröffentlicht der Landrat im Amtsblatt der heutigen Zeitung eine Bekanntmachung, auf die hingewiesen wird.

** **Auflösung einer Betriebskrankenkasse.** Das Oberversicherungsamt zu Merseburg hat am 19. Januar d. J. beschlossen, daß die Betriebskrankenkasse der Firma Gebr. Dietrich G. m. b. H. in Merseburg zum 1. März 1921 geschlossen wird. Die Ansprüche an die Kasse sind bis zu dem in der Bekanntmachung in der heutigen Zeitung bekanntgegebenen Termine dort anzubringen.

** **Leute, die sich als Desinfektoren ausbilden lassen wollen,** haben sich zu halb wie möglich auf dem hiesigen Polizeibüro zu melden.

** **Alle diejenigen Oberschlesier,** welche von dem paritätischen Ausschuß ihres Geburtsortes, von dem zuständigen Plebiszitkommissariat oder von irgend einer Stelle in Oberschlesien, die mit der Abstimmung etwas zu tun hat, eine Zuschrift erhalten, tun gut, sich sofort mit dieser Zuschrift nach der Geschäftsstelle der Ortsgruppe Merseburg, der Vereinigten Verbände heimatstreuer Oberschlesier, im neuen Rathaus hier am Markt, Zimmer 20, zu begeben, wo alles notwendige umgehend erledigt wird. Eile ist nötig, denn die Einspruchsfrist ist nur kurz.

** **Das Januar-Heft der Monatsschrift der Handelskammer zu Halle a. S.** ist soeben erschienen. Es bringt u. a. einen Prüfungsbericht über den Gründungsbergang einer im Handelskammerbezirk gegründeten Aktiengesellschaft, desgleichen einen ausführlichen Bericht über die am 7. d. Mts. in Weimar erfolgte Gründung des Wirtschaftsverbands Mittelbeutschland, ferner Mitteilungen über postalische und andere Verkehrserleichterungen, Steuer-, Zoll- und Außenhandelsfragen.

** **Die neuen Weltpostgebühren.** Die Weltpostgebühren hat der Kongreß in Madrid bekanntlich im allgemeinen vom 1. Januar 1922 an verdoppelt. Die einzelnen Länder können aber schon vorher die Sätze erhöhen. Wann dies in Deutschland geschieht, steht noch nicht fest. Für deutsche Empfänger sind aber die von einem Teil der Länder bereits erhöhten Sätze von Bedeutung für gar nicht oder ungenügend freigemachte Briefsendungen. Sie zahlen den doppelten Fehlbetrag, mindestens aber 30 Gold-Rappen, die in Deutschland vorläufig noch mit 120 ₰ gerechnet werden. Für Briefe aus diesen Ländern werden als Höchstsätze bis auf weiteres 160 ₰ für die ersten 20 Gramm und 120 ₰ für jede weiteren 20 Gramm erhoben. Zuerst erhöht hat die Gebühren am 1. Januar Rumänien, das den Gold-Franken mit 3 Papier-Lei rechnet, seit dem 1. Februar Italien zu 1,20 Lire und die Schweiz zu 80 Rappen, ferner Dänemark, Schweden und Norwegen mit 80 Öre, Finnland mit drei finnischen Mark, Deutsch-Österreich mit 10 Kronen, so daß ein einfacher Auslandsbrief 5 Kronen, eine Postkarte 3 Kronen und eine einfache Drucksache 1 Krone kostet; nach Deutschland gelten die inländischen Gebühren, die bort freilich noch schneller steigen als hier. Am 18. Februar verdoppelt Frankreich die Gebühren.

** **Beschlagnahme des deutschen Vermögens in Italien.** Von befreundeter Seite wird dem Hansa-Bund mitgeteilt, daß die Veröffentlichung eines Dekrets der italienischen Regierung bevorsteht, wodurch auf Grund des Friedensvertrages das deutsche Eigentum in Italien, das sich schon vor dem 11. Januar 1920 in Italien befand, konfisziert wird. Die Beschlagnahme besieht sich nur auf das Vermögen, das nicht als Kleinbesitz angesehen werden kann, der freigegeben wird. Die Verordnung stellt nach das letzte Wort der italienischen Regierung dar, sondern läßt ausdrücklich Wege offen, um über Ausnahmefälle zu verhandeln. Immerhin kann man den deutschen Eigentümern in Italien nur dringend raten, schon jetzt genügend begründete Befreiungsanträge vorzubereiten oder einzureichen, soweit sie dazu in der Lage sind.

** **Zur Haltung der amtlichen Blätter** (Reichsgesetzblatt, Gesetzsammlung und Regierungsamtsblatt) sind laut einer Bekanntmachung des Landrats im Amtsblatt der heutigen Nummer unserer Zeitung nach wie vor alle bisherigen Zwangsbezieher (Gemeinden und Gutsbezirke) gezwungen, ba das Gesetz vom 10. März 1873 noch nicht aufgehoben ist.

** **Unser neuer Roman.** In der vorliegenden Nummer beginnen wir mit dem Abdruck des Romans: „Das erste Ehejahr". Verfasserin ist Ruth Goetz, die bekannte Berliner Schriftstellerin, deren Arbeiten sich wachsender Aufmerksamkeit und Beliebtheit beim Publikum erfreuen. Ihren Werdegang schildert uns Ruth Goetz mit folgender Zuschrift: „Sehr geehrter Herr! Sie wünschen eine Selbstbiographie von mir, und nun, da ich zu schreiben beginne, geschieht mir etwas, was eigentlich dem Schriftsteller nicht zustehen soll, ich weiß nicht recht, was ich Ihnen schreiben kann. Sie will ich Ihnen ein wenig von meinem Leben und dem Gange meiner Entwicklung schildern. Ich bin schon mit vierzehn Jahren aus dem Elternhause gekommen, um mein Lehrerinnenexamen zu machen. In Breslau besuchte ich das Oberlyzeum und bestand das Examen einer Lehrerin für höhere Schulen. Nun ging ich nach Berlin, obgleich ich meinen Beruf gerne hatte, suchte ich nach etwas anderem. Ich begann zu studieren, war mehrere Semester lang Hörerin an der alma mater zu Berlin. Schon als Kind begann ich zu schreiben, Märchen, Romane, die stets vom Ringen und Schaffen handelten, waren mein Ziel. In Berlin hatte ich Gelegenheit, neben meinen Studien mich der Schriftstellerei zu widmen, und ich werde den Jubel nie vergessen, der sich meiner bemächtigte, als eine große Zeitschrift eine Arbeit aus meiner Feder veröffentlichte. Ein Stück wurde aufgeführt, ein kleines Lustspiel, das mir zuerst die Angst und die Wonne des Autors in die Seele brachte. Mehrere Romane erschienen, bis ich mein letztes Werk „Das erste Ehejahr" vollendete. Reisen in fremde Länder erweiterten meinen Gesichtskreis, so daß ich hoffe, meinen Lesern noch recht viel geben zu können."

** **Vom Ortskartell Merseburg des Deutschen Beamtenbundes** wird uns geschrieben: Mitte Februar d. Js. finden in Berlin die Verhandlungen des Finanzministeriums und statistischen Amtes bezüglich Eingruppierung im Ortsstaffelverzeichnis statt. Hierzu werden beratend von jeder Provinz fünf Beamte als Vertreter des Deutschen Beamtenbundes zugezogen. Bei der Tagung des Provinzialkartells in Magdeburg wurde der 1. Vorsitzende des Ortskartells Merseburg, Vermessungssekretär Mehler, als Vertreter gewählt.

** **Zur Wollverteilung durch das städtische Wohlfahrtsamt** geht uns folgende Zuschrift der Stadtverordneten Frau Schwarz zu, auch deren Veröffentlichung wir die Angelegenheit für abgeschlossen halten: Auf den Artikel von Frl. Malpricht betr. Verteilung der Wollsachen, in dieser Zeitung vom 3. 2. 21 stelle ich, da er mich der Unwahrheit ohne Gegenbeweise zeihet und damit jeder Leser sich nun selbst ein Urteil bilden kann, nachmals fest, was von mir in dieser Angelegenheit erfolgt worden ist. Ich sagte Frl. Malpricht bei 2 Gelegenheiten von der Amerikahilfe durch das Wohlfahrtsamt bekommen und zählt nach meiner Ansicht nicht zu den Bedürftigen, da sie 1. Vermögen besitzt und 2. ein Hutmagazin ihr eigen nennt, welches doch ein nettes Einkommen zeitigt. Für diese meine Behauptung folgende Beweise: 1. Bestätigung des Wohlfahrtsamtes und Frl. M.'s selbst über Abgabe resp. Empfang der Hemdhosen. 2. Bestätigung des Frl. M. in dem betr. Artikel, daß sie Vermögen besitzt, wie sie schreibt, „aber nicht sehr groß". Zu meiner dritten Behauptung betr. Hutmagazin habe ich festgestellt, daß Frl. M. als Putzmacherin im Adressbuch eingetragen ist und weitere Erkundigungen ergaben, daß Frl. M. eine Gehilfin und ein Lehrmädchen beschäftigt. Also, ob Hutmagazin oder Putzgeschäft, ist doch lediglich ein Streit um Worte. Wo aber bleibt die Unwahrheit? Die Frage des Einkommens ist von mir nie erwähnt worden. Angenommen ist dieselbe vom Ersten Bürgermeister. Die Höhe des Vermögens, welche ich bei meiner ersten Stellungnahme irrtümlich angegeben hatte, habe ich mich nicht gescheut, in der darauffolgenden Stadtverordnetensitzung zu widerrufen. Hiermit habe ich das letzte Wort in dieser Angelegenheit gesprochen.

** **Vom Merseburger Christianen-Waisenhaus.** Der Aufruf für unser in Not geratenes Christianen-Waisenhaus hat wieder freundliche Gaben und Hände gefunden. Von F. erhielt ich 100 ℳ, von E. B. 20 ℳ und vom Neumarktschiedsmann 30 ℳ. Die Gaben habe ich abgeliefert im Christianen-Waisenhaus, wo sie mit den Namen ihrer freundlichen Stifter unter Nr. 72, 73 und 74 der Geberliste eingetragen worden sind. Besonders hocherfreulich sind 2 weitere Stiftungen. Kommt da eine Rhoefendtin aus dem Altersheim im Rosental zu mir und bringt mir als Ertrag einer Sammlung der Altersheim-Bewohner 54 ℳ. Die von der Liebe zu den Waisenkindern gestiftete Gabe ist um so höher zu schätzen, da die Altersheim-Leute selbst in bescheidenen Verhältnissen sind. Sodann kamen 2 Arbeiter der Firma Th. Grove in Merseburg zu mir und brachten 112,50 ℳ als Ertrag einer Sammlung der Beamten und Arbeiter dieser Firma. Auch dort hatte man herzlich der Waisenkinder gedacht. Mit freundlichem Händedruck ward mir die Stiftung überreicht und ich fühlte so recht, daß es von Herzen kam. Zusammen mit den 3 anderen Gaben habe ich sie abgeliefert. Die Altersheim-Gabe steht unter Nr. 75 und die Grove-Gabe unter Nr. 76 in der Geberliste. Über den liebevollen Geist der Geber ist man im Christianen-Waisenhaus hocherfreut. Allen gütigen Gebern ein herzliches „Schönen Dank!" Weitere freundliche Gaben werden im Christianen-Waisenhaus, in der Geschäftsstelle dieser Zeitung und von mir gern entgegengenommen. Unserer lieben Waisenkinder herzlichster Dank ist sicher.

Arthur Schwieckert.

** **Eine vereitelte Salvarsanschiebung.** Von der hiesigen Polizei festgenommen wurde ein Arbeiter, der 58 Pakete Silbersalvarsan verschieben wollte. Die Pakete sind ihm abgenommen worden.

** **Zum Fahrraddiebstahl.** Am 7. d. M. vermißte der gestohlene Rad ist nicht, wie gestern mitgeteilt wurde, auf dem Marktplatz angestellt gewesen, sondern im Rathaus unmittelbar vor der Polizeiwache, wo es auch gestohlen wurde.

** **Die Kleinen machens den Großen nach.** Dem Schüler B. aus der Mälzerstraße 1 raubte auf der Straße ein anderer Knabe eine wertvolle Rhönbrosche.

** **Zum Diebstahl in der Annenstraße,** über den wir gestern berichteten, wird uns von Einwohnern des betreffenden Hauses geschrieben: Zu der Notiz im gestrigen Blatte betr. „Frecher Diebstahl am hellen Tage", Annenstraße 17, Erdgeschoß, erfahren wir, daß die Box in der Annenstraße gefunden worden sei. Man soll sich bei derartigen Vorfällen erst übergzeugen, bevor man ehrliche Leute verdächtigt.

** **Der Einzelsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Ortsgruppe Merseburg,** hielt gestern abend im Gasthof „Zur grünen Linde" seine gut besuchte Monatsversammlung ab. 9 Gäste meldeten sich zur Neuaufnahme. Von der umfangreichen Tagesordnung sind die Referate über die Ehrenrente (nach dem RB-Gesetz vom 12. 9. 20), den Beamtenorbestattungsverein und die neue Verband gefertigte festere Einrichtung der Sterbekassenvereinigung besonders zu erwähnen. Im Anschluß daran erstattete die Mitglieder des Kreisbeirats der Fürsorgestelle eingehend Bericht über die am 2. Februar 1921 im Kreistagssitzungssaal Merseburgen Kreisbeiratssitzung. Die Versammlung nahm Kenntnis und Stellung zu den Personal-Verhandlungen innerhalb der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge des Kreises. Nach Genehmigung der Vorschläge der Ortsgruppe, eine Fürsorgerin in der Kriegshinterbliebenenfürsorge anzustellen, entsprochen werden soll, wurde dankbar begrüßt. Den Mitgliedern wird empfohlen, an den Lehrgängen, die die Kreisfürsorgestelle auf Anregung der Ortsgruppe veranstalten will, sich recht zahlreich zu beteiligen. Die Teil-

---

Die neue Ordnung der Dinge.

Übrigens, wenn eine Revolution einmal gelungen und eine neue Verfassung gegründet ist, so kann die Unrechtmäßigkeit des Beginnens und der Vollführung derselben die Untertanen von der Verbindlichkeit, der neuen Ordnung der Dinge sich als gute Staatsbürger zu fügen, nicht befreien, und sie können sich nicht weigern, derjenigen Obrigkeit zu gehorchen, die jetzt die Gewalt hat.

Kant.

*

Rückkehr von deutschen Rußlandfahrern.

Uns wird geschrieben:

Mit dem Dampfer „Bagdad" sind Ende Januar aus Rußland einige Hundert Deutsche zurückgekehrt, darunter auch sechs Personen, die im Sommer vorigen Jahres von der „Interessengemeinschaft der Auswanderungsfirmen nach Sowjetrußland" durch falsche Schilderungen zur Auswanderung verlockt waren. Diese Interessengemeinschaft, an deren Spitze Alfons Goldschmidt steht, hat sich jüngst in „Proletarische Auswandererorganisation" umbenannt. Offenbar hofft die genannte Vereinigung durch diese Umbenennung sich gegen die Anklagen der in Rußland in furchtbares Elend und entsetzliche Not geratenen, von ihr zur Auswanderung verlockten Leute zu schützen und auf diese Weise sich um die Entschädigungsforderungen der Rückkehrer zu drücken. Bekanntlich ist von den als Arbeiter durch die „Interessengemeinschaft" zur Auswanderung veranlaßten Personen bereits eine große Anzahl zurückgekehrt, während man von den als Siedler ausgewanderten Personen wenig hörte. Wie die jetzt mit der „Bagdad" zurückgekehrten Personen, die zur Siedlergruppe gehörten, erzählen, sind von den Siedlern in Sowjetrußland sechs Personen bereits an der Ruhr gestorben. Die Siedler, die, wie man ihnen in Deutschland versprochen hatte, im Gouvernement Ufajka angesiedelt werden sollten, sind in Wirklichkeit in das Wolgagebiet, und zwar in das Gouvernement Saratow weitergeleitet worden. In der Nähe der Stadt Saratow wurden die Ansiedler auf einem völlig verwahrlosten Gute untergebracht. Für die Ankunft der Siedler war nichts vorbereitet. Die Frauen und Kinder wurden in einer hiesigen Schule, die bisher als Seuchenlazarett gedient hatte, untergebracht, während die Männer, von ihnen getrennt, in zwei Scheunen Unterkunft fanden. Die Verpflegung war durchaus unzureichend und bestand aus einem Pfund Brot (409 Gramm), 100 Gramm Kascha (Grütze) und 100 Gramm Fleisch pro Tag und Person. Hin und wieder gab es Milch. Da die Rationen bei der schweren Arbeit der Ansiedler, die bis 12 Stunden täglich arbeiteten und auch am Sonntag einer Leistung, nicht ausreichte, sahen sich die Siedler gezwungen, auf den umliegenden russischen Dörfern und in den deutschen Kolonien (Klein-Basel und Friedenau) durch Tausch von aus Deutschland mitgebrachten Nägeln, Schlössern, Türbeschlägen usw. sich Nahrungsmittel zu verschaffen. Die Siedler waren auch durchaus unzureichend gekleidet, die Interessengemeinschaft und die russischen Behörden hatten in keiner Weise für warme Kleidung gesorgt. Infolgedessen mußten die Siedler allmählich ihr Handwerkszeug, ihre Uhren und sonstigen Habseligkeiten gegen warme Kleider und Filzstiefel eintauschen. Schon im Oktober wollten die meisten der Siedler wieder nach Deutschland zurück. Die schlechte Unterkunft, mangelhafte Ernährung, Krankheiten und das despotische Vorgehen der bolschewistischen Kommissare ließen die Siedler seelisch und körperlich zusammenbrechen. Wie der Kommunismus in der Praxis gehandhabt wird, geht eine kleine Geschichte, die einer der zurückgekehrten Siedler erzählte: Mit unendlicher Mühe hatte er mit Hilfe eines Anverwandten einen Schweinestall umgebaut und einzelne Kammern in ihm hergerichtet, um ein einigermaßen erträgliches Obdach für sich zu haben. Nachdem er eine Kammer mit einem von ihm selbst hergestellten Ofen ausgetrocknet hatte und eingezogen war, wurde ihm vom bolschewistischen Gutsverwalter befohlen, sofort auszuziehen und sich ein anderes Zimmer zu suchen, da das Zimmer, das der Siedler für sich hergerichtet hatte, für den Gehilfen des Gutsverwalters bestimmt sei. Von dieser Art Kommunismus hatte der deutsche Siedler nun genug. Im November begannen die Bittgesuche um die Erlaubnis, nach Deutschland zurückzukehren. Die zurückgekehrten Siedler sind ausnahmslos der Überzeugung, daß das kommunistische System nicht zu bewirklichen ist. Die Hauptschuld für die trostlosen Zustände in Rußland liegt ihrer Ansicht nach bei den Kommissaren, die für ihre eigene Tasche arbeiten und äußerst verhaßt sind.

Die deutsche kommunistische Presse verschweigt die Rückkehr der Siedler, da sie mit Recht fürchtet, daß das Bekanntwerden des Schicksals der nach Sowjetrußland verlockten Leute und der dort herrschenden trostlosen Zustände äußerst ungünstig auf die kommunistische Wahlpropaganda zu den preußischen Landtagswahlen einwirken könnte.

*

Die deutschen Kriegsgefangenen in den französischen Gefangenenlagern von Avignon und Cuers.

Vom Volksbund „Rettet die Ehre" in Bremen, Domsheide 2, wird uns geschrieben:

Dem Volksbunde „Rettet die Ehre" ging vom Richter Dr. jur. Wedemeyer in Bremen folgender Bericht zu:

„Etwa 275 deutsche Kriegsgefangene schmachten noch in den französischen Gefangenenlagern von Avignon und Cuers unter furchtbarsten Verhältnissen. Trotz wiederholter Anträge der deutschen Regierung ist ihre Freilassung nun schon 2 Jahre lang verweigert.

Es handelt sich um kriegsgefangene Deutsche, die von französischen Kriegsgerichten abgeurteilt sind. Nach deutscher amtlicher Auskunft hat bei den größten Teil von ihnen die Strafart ihren Grund nun in der Kriegsgefangenschaft". Um zu entfliehen, versuchten sie, Zivilsachen oder Nahrungsmittel zu entwenden, beschädigten ihre Zellen oder wehrten sich gegen ungerechte Behandlung seitens der Franzosen. Wegen solcher Taten sind sie mit ungeheuerlichsten, jeder sonstigen Strafbemessung spottenden Strafen belegt. Einer ist z. B. wegen Verschaffung von Papieren zur Flucht zu 15 Jahren Zwangsarbeit verdammt. Zwei sind zu je 5 Jahren Gefängnis verurteilt, der eine, weil er eine Flasche Essig und Öl und eine Büchse kondensierte Milch, der andere, weil er ebenfalls auf der Flucht einige Kartoffeln aus Hunger entwendete. Ein anderer, der zur Wegbereitung auf der Flucht 8 Militärbrote mitnahm, wurde für jedes Brot zu einem Jahre, zusammen also zu 8 Jahren schweren Kerkers in Einzelhaft verurteilt. Er soll nach Guyanne, der berüchtigten Verbrecherkolonie, deportiert werden. Ähnlich liegen die meisten Fälle. Sie sind, wie gesagt, noch alle keine Kriege mehr, wo solche Strafgefangenen nicht entlassen worden wären! Aber Frankreich hält sie fest!

Die Behandlung dieser Unglücklichen ist furchtbar. Mir liegt der Bericht eines kürzlich aus Cuers Entkommenen vor, der erschütternd ist. Der Regen strömt in die erbärmliche Baracke und macht dann Schlafen oder auch nur Liegen unmöglich. Millionen von Wanzen und Flöhen quälen die Gefangenen. Die Ernährung besteht bei schwerer Arbeit nur aus dünnem Reis ohne Zutaten. Der Brunnen für die Küche liegt 10 Meter von der Latrine und das Wasser ist gelb und stinkt. Die Arrestzellen sind ohne jedes Fenster und Luftloch und dabei von furchtbarem Gestank erfüllt, weil die Insassen ihre Notdurft in Konservenbüchsen verrichten müssen. Wenige Tage in diesen Zellen bringen dem Wahnsinn nahe. Einsperrungen dauern oftmals oft aus bloßer Laune. Kurz vor Pfingsten dieses Jahres wurden 24 in einige eingesperrt, weil sie das Französisch des Abjutanten nicht verstehen und in ihrem gebrochenen Französisch nicht befriedigend antworten konnten!

Von Beschwerden bei fremdländischen, die Lage bisweilen besuchenden Delegierten werden die Gefangenen durch schwere Bedrohungen abgehalten, bei denen die Schußwaffe die Hauptrolle spielt."

Wir haben uns von der Echtheit des dem Richter Dr. Wedemeyer in Bremen vorliegenden Materials überzeugt und veröffentlichen daher seinen Bericht hiermit in der Presse des gesamten In- und Auslandes mit der Aufforderung an alle Völker der Kulturerde, für die schleunige Befreiung jener armen Kriegsgefangenen einzutreten und die sogenannte französische Zivilisation etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210209-15/fragment/page=0002

nehmer haben sich beim Vorstand zu melden. Es wurden weiter zwei Eingaben des Hauptverbandes an den Reichsarbeitsminister betreffend Einrichtung einer Sonderseuer zugunsten der Kriegshinterbliebenen bekanntgegeben. Ferner wurden verschiedene Erlasse des Reichsarbeitsministers über Heilbehandlung der Dienstbeschädigten, Ortsklassenverzeichnis, die Zuständigkeit der Schlichtungsausschüsse für Streitigkeiten über Kündigung gegenüber Schwerbeschädigten, außerordentliche Beihilfen für Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung, Schnallenschutz an Kunstgliedern sowie Lieferung von Wäschestücken und Oberkleidung von Kunstgliedträgern in eingehender und verständlicher Weise behandelt. Aus den umfangreichen geschäftlichen Mitteilungen erwähnen wir, daß die Geschäftsstelle des Einheitsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Gau Provinz Sachsen, die bisher in Magdeburg war, am 15. Februar 1921 nach Merseburg verlegt wird.

** Die Privattheater-Gesellschaft hatte gestern abend in dem reichgeschmückten Saale des Tivoli zur Fastnachtfeier einen Theaterabend veranstaltet, der einen äußerst starken Besuch aufzuweisen hatte. Der etwas stark verspätete Anfang wurde wieder wettgemacht durch die gute Aufführung des Märchenspiels „Dornröschens Erwachen". Ein Spiel in zierlichen Versen und kleidsamen Trachten aus dem Märchenlande hat Herr Selle geschaffen und so packend, daß es nicht nur Kinder, sondern vorzüglich auch Erwachsene in seinen Bann zieht. Das Märchenlied erzählt ihren Freunden und Kameraden von dem Dornröschen, das hinter den Hecken schlafe. Heute sei der Tag des Erwachens gekommen, die hundert Jahre um und sie hätte gelobt, ihren Mann erst zu nehmen, wenn Dornröschen glücklich sei. Die Burschen und Mädchen führen sodann einen spanischen Zigeunertanz auf. Der Märchenkönig erscheint mit seinem Gefolge und verliest eine lange Thronrede, die mancherlei Wahrheit enthält, unterstrichen und zum seinem Hofgarten, zum Schluß fordert er die in seinem Gefolge befindlichen Prinzen auf, Dornröschen zu befreien. Vor den Worten des Prinzen öffnet sich unter Gepolter die Hecke, aber der Berggeist Rübezahl mit seinen Gnomen will ihm den Einlaß verwehren, da hilft die Fee Dornrosa. Hinter den Hecken liegt Dornröschen, umgeben von ihren Gespielinnen, alle in Märchenkleidung mit rosigen Gesichtern und blumengeschmückt. Vom Märchenkönig empfängt das Paar den Segen, und wenn sie nicht gestorben sind, so leben sie heute noch . . . . Hans bekommt seine Liesel. Die Gespielinnen tanzen den Heckenrosentanz, ein Winden und Drehen und Neigen und zum Schluß treten Dornröschen und der Prinz zum Menuett an. — Wirkliche Märchenstimmung hatte die Privattheater-Gesellschaft in der Wiedergabe des Stückes gegeben und gezeigt, was selbst auf einer kleinen Bühne zu erreichen ist. Man konnte sie nicht wieder, wenn alle Tivolibühne. Die Spieler verdienen für ihren Eifer ein Golumbiah, der reiche Beifall war wohlverdient, die Tänze waren gut einstudiert und gaben reizende Bilder. Hoffentlich macht die Privattheater-Gesellschaft diese Aufführung noch einmal der Gesamtheit zugänglich. — Im zweiten Teile wurde die Posse „Paradepferdchen" von Theodor Wolbe mit großem Geschick aufgeführt, so daß der Abend ein Ruhmesblatt für die Vereinigung bedeutet. Heute schließt sich ein Fastnachtsball im Tivoli an.

** Hans- und Grundbesitzer-Verein hält laut Anzeige in der heutigen Zeitung am morgigen Donnerstag eine Mitgliederversammlung im Strandschlößchen ab.

*

Die Auskreisung der Stadt Merseburg vom Bezirksausschuß genehmigt.

Der Bezirksausschuß Merseburg beschäftigte sich in seiner Sitzung am heutigen Vormittag mit dem Antrage der Stadt Merseburg auf Auskreisung aus dem Kreise Merseburg. Wie wir hören, hat der Bezirksausschuß einstimmig die Genehmigung der Auskreisung ausgesprochen, so daß wir mit dem neuen Stadtkreis Merseburg vom 15. Februar 1921 ab rechnen können. — Im Zusammenhange damit erwähnen wir noch, daß auch die

Eingemeindung des Gutsbezirks Werder

vom Minister genehmigt worden ist. Damit rechnet der bisherige Gutsbezirk Werder nunmehr auch endgültig zur Stadt und zum kommenden Stadtkreis Merseburg und ist die Entwicklung unserer Stadt wieder einen deutlichen Schritt vorwärts gekommen. Von anderer Seite werden wir noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Gemeinde Beuchen mitten in dem neuen Stadtkreis Merseburg liegt und deren Eingemeindung wohl auch angeschnitten werden dürfte.

*

Die Rischmühle wieder geöffnet.

Wie wir hören, ist die Verfügung des Regierungspräsidenten betr. der Schließung der Rischmühle, über die wir gestern berichteten, wieder rückgängig gemacht bezw. aufgehoben worden. Die Schließung hatte in der Bürgerschaft starke Erregung hervorgerufen und Proteste gezeitigt, die von Erfolg begleitet gewesen sind. Am heutigen Nachmittag beschäftigt sich auch der Bauernverein Merseburg in einer besonderen Versammlung mit dieser Angelegenheit. Die Öffnung des Mühlenbetriebes wird nur begrüßt werden.

*

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Von 10 auf 12 Mark täglich.

Das Reichsarbeitsministerium hat laut „Konfektionär" beschlossen, die Erwerbslosenunterstützung von 10 auf 12 Mark täglich zu erhöhen, und zwar mit Rückwirkung vom 1. November v. J. ab.

*

Einführung der 48-Stundenwoche im Leunawerk.

Die Aktion der Arbeiterschaft zur Einführung der 48-Stundenarbeitswoche für sämtliche Schichtarbeiter hat zu dem Erfolg geführt, daß die Direktion des Leunawerkes der Badischen Anilin- und Sodafabrik in den Verhandlungen mit dem Betriebsrat und dem gewählten Aktionsausschuß sich zur Einführung der 48-Stundenarbeitswoche uneingeschränkt bereit erklärt hat. Am Dienstag fanden Verhandlungen in der Handelskammer in Halle zwischen der Werksleitung, dem Betriebsrat und einem Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes statt. Abgesehen von Versammlungen in diesen Tagen verlief die Aktion zur Unterbringung der Arbeitslosen in ruhigen Bahnen. Über die

Verhaftung von Notgarbisten im Leunawerk

wird uns heute mittag aus Halle folgendes berichtet: Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft überwachte gestern morgen die Sicherheitspolizei die Zugänge zum Leunawerk, um die Ausweise der zur Arbeit kommenden Personen zu kontrollieren. Dabei stellte sich heraus, daß jeweils 14 und 7 männliche Personen ohne ordnungsmäßige Ausweise, dagegen mit Waffen versehen waren. Sie wurden verhaftet, da aus anderen Momenten einwandfrei hervorging, daß sie Angehörige einer Kampforganisation kommunistischer Art sind.

*

Die Entlassung der Hilfskräfte bei der Post

soll nicht länger hinausgeschoben werden, nachdem diese Frage bereits im Oktober 1919 und Juli 1920 aus sozialen Gründen, aber entgegen den Interessen des Betriebes vertagt worden war. Es hat sich herausgestellt, daß die große Zahl der überflüssig beschäftigten Leute, etwa 10000, eine Minderarbeitsleistung zur Folge hat, da bei den Beamten dadurch die Begriffe von der Möglichkeit der Gewährung eines Pensums ungünstig beeinflußt werden. Um entbehrliche Kräfte während der Arbeitslosigkeit zu beschäftigen, hatte man die Streckarbeit eingeführt. Die Ausbesser arbeiteten nur einige Tage in der Woche und deshalb wechselten die Briefträger z. B. dauernd ihre Reviere. Daher erklärten sich die mangelhaften Brief- und Zeitungsbestellungen und die häufigen Veränderungen der Dienststunden in den Postämtern. Bei der Entlassung kommen nun in erster Linie weibliche und männliche nichtkriegsbeschädigte Hilfskräfte, die für den Beamtenstand gehörige nicht zu sorgen haben, in Betracht. Kriegshinterbliebene und -teilnehmer werden in der Regel nach den übrigen Hilfskräften entlassen. Solche Helfer, die sich zur Übernahme in das Beamtenverhältnis eignen, werden, soweit Bedarf vorhanden ist, zu Postboten angenommen. Im allgemeinen lehnen sie aber die ihnen angebotene Überführung in den unteren Dienst ab. Aus besonderen dienstlichen Gründen werden die männlichen Helfer bei den Scheckämtern durch weibliche ersetzt. Die Entlassung kommt den Helfern nicht überraschend und wird mit größter Rücksicht auf die berechtigten Wünsche der zu Entlassenden gereglelt.

Sammlung für das notleidende Christianen-Waisenhaus.

Bisher sind in unserer Geschäftsstelle folgende Spenden eingegangen, über die wir mit Dank quittieren:

Winger, Fellbanblung, Gotthardtstraße 38	10 M
Böhme, Gotthardtstraße 36	10 M
Paul Hilsebrandt, Luisenstraße 18	20 M
Marie Meiling, Rosenteil 22	10 M
Insgesamt:	50 M

Um weitere Spenden wird dringend gebeten.

*

Wetterwarte.

W. M. am 10. 2.: Ziemlich heiteres, trockenes Frostwetter. — 11. 2.: Vielfach heiteres, trockenes Frostwetter.

§ Ammendorf, 9. Febr. In der Schachtstraße beim Bahnübergang ist am Sonntag morgen die Schranke nicht heruntergelassen worden. Dabei wurde von dem einfahrenden Zuge ein Gespann überfahren. Das Pferd ist tot. Die Frage der Schuld an dem Vorfalle ist noch unaufgeklärt.

§ Dürrenberg, 9. Febr. Das Kurhaus Dürrenberg ist in den Besitz der Herren Kockel und Honal übergegangen. Die Bewirtschaftung übernimmt der frühere Kurhaus- und jetzige Salinengutsbesitzer Karl Seelig.

§ Corbetha, 9. Febr. Durch den Hufschlag eines Pferdes wurde der Landwirt Albin Kreß von hier innerlich so schwer verletzt, daß er bald nach Einlieferung in eine Halleische Klinik verstarb. Schon sein Vater kam vor Jahren dadurch zu Tode, daß ihn von ihm gekaufter eiserner Backofen beim Transport umschlug und ihn unter sich begrub. Allgemein ist die Teilnahme an dem tragischen Geschick dieser Familie.

§ Naumburg, 9. Febr. Bei einem am Sonnabend den 29. Januar stattgefundenen Vergnügen des Gesellschaftsvereins Naumburg-Kösidorf wurde durch Sammelbüchse der schöne Betrag von 256 M zur Verfügung für die Volksaktion, daß eine Sammlung in Oberschlesien erzielt, welcher der Sammelstelle des „Merseburger Korrespondent" zur Übermittlung zugeführt wurde.

§ Laucha, 9. Febr. Aller Voraussicht nach ergibt die „Oberschlesische Kirmes", die der hiesige Beamtenverein vergangenen Sonntag hier in drei Sälen unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung aus Stadt und Umgebung abhielt, für den beabsichtigten Zweck einen schönen Überschuß. Alle offene Hände fanden sich und über die Gebefreudigkeit für die Oberschlesier kann nur anerkennend gesprochen werden. Die genaue Abrechnung kann erst Ende der Woche erfolgen, weil die Zurückgabe vieler Waren, die zum kommissionsweisen Verkauf überlassen waren, Zeit erfordert. Man rechnet mit mehreren Tausend Mark Überschuß. Die Brutto-Einnahme beträgt etwa 10000 M.

§ Schulzerey, 9. Febr. In Schotterey drangen in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend einige Diebe in das Grundstück des Käsereibesitzers Schaffernicht ein, wurden aber vor Ausführung ihres Vorhabens verscheucht. In der Eile ließen sie ihr Diebesgerät: Körbe, Säcke, ein Brecheisen und dergl. zurück. Daß ein größerer Diebstahl geplant war, ergibt sich daraus, daß ein Teil der Grundstückeinfriedigung durchschnitten und auch einige Eisenstäbe der Kellerlücke entfernt waren. Beim Müller Herbst wurden die Fleisch- und Wurstwaren aus einer Kammer gestohlen. Dieses Grundstück scheint eine ganz besondere Anziehung für Diebe zu haben, denn schon häufig wurden daselbst Einbrüche mit Erfolg verübt.

§ Schkeuditz, 9. Febr. Zu dem Garnbiebstahl auf Bahnhof Wahren wird uns mitgeteilt, daß der fragliche Waggon nicht nach Leipzig geleitet, sondern auf das Ladegleis der Firma Kühn, Baugeschäft in Wahren überrangiert wurde. Hier, an der Staatsstraße Halle—Leipzig, warteten drei Geschirre, welche das fragliche Gut nach Eutritzsch führen. Dort wurde es beschlagnahmt.

g. Pochau, 9. Febr. Zum ehrenden Gedächtnis der im Weltkriege Gefallenen ist auch nach dem Vorgehen anderer Gemeinden in hiesiger Parochie geplant, ein Denkmal als bleibende Erinnerung für die aus ihr Gefallenen zu errichten. Nach dieser Seite hin haben schon verschiedene Beschlüsse Sammlung solcher Erinnerungszeichen stattgefunden und es ist denn auch kürzlich eine Sammlung freiwilliger Spenden bei den Ortsbesitzern Lochau, Wegwitz, Kriscksdorf in die Wege geleitet worden, welche den namhaften Betrag von rund 3400 M als Grundstock erbracht hat. In Aussicht genommen ist, das Denkmal an geweihter Stätte auf dem Friedhofe errichten zu lassen, wozu noch weitere Veranlassung genommen werden wird.

g. Diesdorf, 9. Febr. Hier stiegen Diebe durch ein Fenster, dessen Läden nicht geschlossen waren, in das Wohnzimmer eines Gutsbesitzers und trieben verschiedene wertvolle Decken und Bezüge mitgehen. Es scheint, daß die Diebe gestört wurden, da die Beute noch ungeöffnet und unversehrt vorgefunden wurden; doch ist über die Täter nichts bekannt geworden.

g. Aus dem Kreise, 9. Febr. Sparsam mit dem Viehfutter umgehen! Wenn an sich schon Viehfutter nicht im Überfluß vorhanden ist, und deshalb die Besitzer Veranlassung haben, sparsam damit zu verfahren, so lehren uns die Witterungsverhältnisse noch mehr auf den Gutzu sein und haushälterisch mit den zu Gebote stehenden Vorräten umgehen. Denn: Spielen die Mäuse im Horn, muß man's Futter zusammenkehren hinten und vorn", heißt es in jener Bauernregel, der man noch viel Wert beilegt und die nichts anders sagen will, als daß auf die milde Witterung im Januar und Februar in der Regel noch ein Wettersturz im März und April zu erwarten ist, der die Entwickelung des Grünfutters hemmt und die Verwendung zeitlich hinausschiebt.

Mücheln und Umgegend.

A. Neumark, 9. Febr. Infolge ansehnlicher Zunahme der Mitglieder, beschloß der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Mücheln, in seiner letzten Versammlung die Ortsgruppe Mücheln zu zerteilen und eine zweite Ortsgruppe mit dem Sitz in Neumark zu gründen. Dieser neuen Ortsgruppe gehören die Ortschaften Neumark, Lützendorf, Krumpa, Kammerig, Geiseltröstlitz, Braundorf, Körnsdorf, Naundorf, Schortau und Leiha an. Die neue Ortsgruppe hielt am Sonntag im Schumannschen Lokale ihre erste Versammlung ab.

A. Crumpa, 9. Febr. Am vergangenen Sonnabend hielt die Deutsche demokratische Partei im hiesigen Gemeindegasthofe eine Wählerversammlung ab. Als Redner war der bekannte Pfarrer Geibel gewonnen. Pfarrer Geibel ist ein Verwandter des Dichters Geibel und amtierte in den letzten Jahren viel im Westen. Er steht an zweiter Stelle der Deutsch-demokratischen Liste an der Landtagswahlen. Recht zahlreich hatten sich die Versammlungsteilnehmer eingefunden. Pfarrer Geibel sprach in einer fast zweistündigen Rede über „Die Bedeutung der kommenden Landtagswahlen". Reicher Beifall wurde ihm für seine interessanten Ausführungen gespendet. Die Ausführungen einiger Diskussionsredner widerlegte er mit sachlichen Worten. Die Versammlung fand um 11 Uhr ihr Ende.

* Mücheln, 9. Febr. Für die öffentliche Stadtverordnetenversammlung am Freitag den 11. Februar 1921 abends 7 Uhr liegt folgendes zur Beratung vor: 1. Stadt- und Sparkassenrevisionsprotokolle für Januar 1921. — 2. Erhöhung der Luftbarkeits- und Kartensteuern. — 3. Umbildung und Neuwahl der Schuldeputation. — 4. Beitritt zum Girroverband für die Provinz Sachsen und Anhalt. — 5. Abänderung der Sparkassensatzung durch Einführung des „Scheckverkehrs". — 6. Antrag Remus auf käufliche Überlassung der Parzelle 340/5. — 7. Rücktauf der Schneiderschen Baupartelle. — 8. Sicherung des Wasserwerks gegen Einbruch. — 9. Erhöhung der Teuerungszulagen an die städtischen Beamten. — 10. Verpachtung städtischer Ackerpläne an die Kriegsbeschädigten. — 11. Genehmigung der Satzung für das städtische Mietseinigungsamt. — 12. Ankauf des Elektrizitätswerkes durch Abtretung der Gesellschaftsanteile.

* Mücheln, 9. Febr. Durch den Kreisausschuß ist bei der Firma Fr. Gebrmann in Gebäude eine Mehlaustauschstelle errichtet worden, in der vorschriftsmäßig bezeichnetes Brotgetreide sofort gegen Rückgabe von 85 prozentigem Mehl und ungefähr 10 Prozent Kleie angenommen wird.

Turnen — Spiel — Sport.

△ V. f. L. Außer der Liga und Ligareserve stand von den Herrenmannschaften nur noch die vierte Mannschaft im Kampf um die Punkte, sie konnte gegen Favorit IV nur ein Unentschieden von 0:0 herausholen. — Zu guter Form waren vergangenen Sonntag besonders die Jugendmannschaften, sie konnten Sieg und Punkte unter Dach und Fach bringen. Die erste Mannschaft gewann gegen Wacker I in Halle mit 3:1; die zweite Elf gegen Favorit II mit 2:0; und die dritte Mannschaft brachte ihren Gästen Eintracht II eine Niederlage von 10:2 Toren bei. Einen besonders schönen Kampf lieferte die erste Knabenmannschaft gegen Halle 96 I, nach äußerst bewegten Spiele trennten sich beide Parteien mit 3:3 Toren.

△ Vorwärts-Kötzschen. Vorwärts I weilte vergangenen Sonntag in Halle und konnte trotz überlegenen Spieles gegen Giebichenstein I mit einem knappen Resultat von 1:1 nach Hause fahren. Das Spiel wurde scharf durchgeführt, das Tor fiel bereits in den ersten zehn Minuten durch den Mittelstürmer. Nach Halbzeit spielte die Mannschaft nur mit 9 Mann, da der Mittelstürmer durch Entscheidung das Spielfeld verlassen mußte, und der Mittelläufer wegen Verletzung das Spielfeld verließ. Die 2. Mannschaft verlor das Verbandspiel gegen Sportklub Mücheln II mit 0:5, Halbzeit 0:0. Die 3. Mannschaft hatte auf eigenem Platze Preußen V zu Gaste und unterlag mit 0:1. Die Jugendmannschaft konnte über die II. Preußen-Jugend mit 2:1 siegen. 1. Knabenmannschaft mußte sich in Mücheln gegen Sportklub I. Knaben mit 1:3 geschlagen bekennen.

△ Nordsöthsbringer Turnverein, Turnbezirk Merseburg. Die für kommenden Sonntag den 13. Februar angesetzte Bezirksvorturnerstunde findet infolge Besetzung nicht in der neuen Turnhalle Wilhelmstraße statt, sondern in der alten Turnhalle Braunhausstraße am Schulplatz nachmittags 2 Uhr. Alle Turner und Turnerinnen müssen vollzählig zur Stelle sein.

△ Bezirksturnfest in Schkeuditz. In der am Sonntag in Halle abgehaltenen Bezirksversammlung des Bezirks rechts der Saale des Nordöstthüringer Turngaues wurde beschlossen, das diesjährige Bezirksturnfest am 9. und 10. Juli in Schkeuditz abzuhalten. Mit diesem Feste wird zugleich das 60jährige Bestehen des Turnerbundes Water Jahn verbunden.

△ 20000 Mark für ein Straßenrennen. Das bedeutendste deutsche Straßenrennen in der Saison 1921, der Große Preis von Deutschland im Werte von 20000 M für den Sieger, gelangt vom 19. bis 26. Juni als Etappenfahrt über rund 1100 Kilometer zum Austrag. Das internationale Rennen wird sich voraussichtlich auf folgende Strecke abspielen: 1. Etappe (19. Juni): Köln—Neuß—Rheinsberg—Cleve—Goch—Krefeld—Münch-Gladbach—Aachen; zweite Etappe (21. Juni): Aachen—Düren—Münster (Eifel)—Koblenz—Trier; 3. Etappe (23. Juni): Trier—Kreuznach—Bingen—Mainz—Frankfurt —Mannheim; 4. Etappe (26. Juni): Mannheim—Mainz—rechtsrheinisch durch das Bergische Land über Elberfeld-Barmen nach Köln.

Vermischte Nachrichten.

Der Rosenmontag der Hofgesellschaft.

In dem monarchistischen, deutschnationalen Berliner Lokal-Anzeiger finden wir folgendes Privat-Telegramm:

„München, 8. Februar. Im Hotel „Bayerischer Hof" hat die Polizei gestern abend einen Rosenmontagsball von 250 Personen der ehemaligen Hofgesellschaft, darunter Prinzen und Prinzessinnen mobilisierter Häuser, aufgehoben. Die ganze feudale Gesellschaft mußte zu Fuß zum Verhör und zur Feststellung ihrer Personalien nach der benachbarten Polizeidirektion wandern, wo sie später entlassen wurde. Der Ball war zur selben Zeit, da in den größten Sälen Münchens Massenkundgebungen gegen das Pariser Versöhnungsdiktat abgehalten wurden."

Es genügt uns, diese deutsch-nationale Meldung zu registrieren. Sie spricht für sich selbst.

* Ein großer Teppichdiebstahl ist in der Villa des Staatsministers a. D. Dr. Dernburg im Grunewald ausgeführt worden. Die Diebe sind über die Gartenterrasse durch den Saal nach dem Speisezimmer gegangen und haben drei wertvolle Teppiche, die für 80000 M geschätzt werden, gestohlen.

* Die Arbeitslosenzahl in Groß-Berlin ist auf 61588 angewachsen. Das sind 2280 Personen mehr als am 15. Januar.

* 1½ Milliarden für städtische Schulen in Groß-Berlin. Das abgelaufene Geschäftsjahr schließt mit einem neuen gewaltigen Fehlbetrag. Nach den bisherigen Aufstellungen haben die Ausgaben für das Jahr 1920 rund 5470000000 M betragen. Trotz aller neuen Steuern und der Heraufsetzung der Preise für die Lieferungen der städtischen Werke verbleibt bei einem Zuschuß aus Anleihemitteln in Höhe von 1150000000 M noch eine unbedeckte Fehlbetrag in Höhe von rund 300000000 M, so daß fast 1½ Milliarde auf schwebende Schuld zu nehmen sind.

* Mehr als 43 Jahre unterwegs gewesen ist ein Brief, der dieser Tage nach Kiel zurückkam. Es handelt sich um einen eingeschriebenen Brief, der am 25. April 1878 nach England aufgegeben war. Der Brief hat anscheinend viele Jahre in Liverpool gelegen.

* Vierhundert Millionen Pfund Heringe an einem Tage! Wie aus Hamburg gemeldet wird, sind am letzten Freitag 775000 Pfund Heringe in Hamburg-Altona-Cuxhaven angeliefert worden. Die Preise waren wohl etwas niedriger als sonst, immerhin aber solchen Riesenfängen gegenüber noch viel zu hoch. Die Nordsee wimmelt von deutschen, dänischen und schwedischen Fischereifahrzeugen. Da Dänemark und Schweden ihre Fänge nicht verwerten können, kommt ein großer Teil ihrer Ausbeute nach Hamburg. Auch die Heringsfänge in der Ostsee werden größer. Die Lübecker Bucht, aus welcher die Fischerei in der vergangenen Saison 20 Millionen Mark Verdienst herausholte, ist der Fangplatz zahlloser Fahrzeuge; von überall her kommen Fischdampfer und Motorkutter, so von Warnemünde, dann den weiten Weg von Eckernförde, Kappeln, Flensburg, sogar aus dänischen Küstenorten kommen sie zum Heringsfang. Im Seebad Travemünde sind die Heringskasten in langen Reihen so hoch aufgeschichtet, daß sie über die Baumkronen der Wohnvereile ragen. Nordsee und Ostsee stehen unter dem Zeichen des Herings. — In Berlin werden für einen Rollmops Preise gezahlt, wie früher für einen Rheinfalm.

* Ein Mann von 35 Pfund. Das 57. Wiegefest wurde dieser Tage nach altem Herkommen, das nur durch den Krieg eine Unterbrechung erfahren hat, in Kahla im „Löwen" gefeiert. Zur Feststellung ihres Körpergewichtes hatten sich 46 Herren eingefunden, bei denen trotz der schweren Ernährungsbedingungen eine Gewichtszunahme festgestellt werden konnte. Wurde bei den früheren Wiegefesten zum Wiegeobjekte eine möglichst „gewichtige" Persönlichkeit ausgewählt, so wurde diesmal der kleinste anwesende Mann ausersehen, der 35 Pfund wog. An Wiegegebühren, Schätzungsgebühren usw. wurden zusammen 219,50 M eingenommen, die dem Frauenverein und der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger zuflossen.

Handel — Verkehr — Industrie.

— Der Markkurs notierte am Dienstag in Zürich 9.95 Centimes, er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,07½ Centimes gestiegen. In Amsterdam wurden für die Mark 4,80 Cents bezahlt, was gegen den Vortag eine Verbesserung um 0,30 Cents bedeutet.

— Kupferblechpreise. Der Kupferblechverband hat den Grundpreis um 250 auf 2670 M erhöht.

— Neue Hallesche Stadtanleihe. Die Stadt Halle schloß mit der Bank für Kommunal- und Grundkredit in Essen (Ruhr) eine Anleihe von 13 Millionen Mark ab zu 4½ prozentiger Verzinsung und 1½ prozentiger Tilgung. Der Begebungskurs stellt sich auf 94,50 bei Kündbarkeit nach 10 Jahren und auf 93,50 bei Unkündbarkeit bis zur Tilgung.

— Die Zukunft der Sparkassen. Auf dem 28. Brandenburgischen Sparkassentage, der in Charlottenburg stattfand, erklärte der Vorsitzende, Präsident Dr. Kleiner, daß die Sparkassen nicht trostlos in die Zukunft zu schauen brauchten, sondern daß verschiedene Zeichen darauf hinweisen, daß wieder fleißig gearbeitet würde. Aus dem Bericht über die Geschäftsergebnisse für 1919 ging hervor, daß die Einlagen der brandenburgischen Sparkassen sich von 2066 Millionen auf 2861 Millionen vermehrt haben. An Zinsen sind den Sparguthaben allein 77 Millionen zugeschrieben worden. An Sparbüchern waren 2647605 Stück im Umlauf.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Kübner; für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Geschäftsführer: Walter Kühne, Merseburg, Weißenfelserstraße 15.
Druck und Verlag der Firma Th. Böttcher in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol
Schachtel Mk. 3.–
Hühneraugenpflaster bewährt, trotz Fabrikate u. Imitate stets Kukirol
Lassen Sie sich nichts anderes in die Hand drücken!
Adler-Drogerie, Entenplan.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210209-15/fragment/page=0003

Unseren verehrten Kunden von Merseburg und Umgebung zur Nachricht, daß die

Rischmühle

von heute ab ihren Betrieb wieder aufgenommen hat

und ich bitte die Herren Selbstversorger um Uebersendung von Mahlgut. Schnellster und gewissenhaftester Bedienung dürfen Sie gewärtig sein.

Bei dieser Gelegenheit mache ich den verehrten Einwohnern von Merseburg und Umgebung die Mitteilung, daß seit dem Tode meines Mannes die Mühle von den Leo Heberer'schen Erben übernommen und für deren Rechnung weitergeführt wird.

Ich bitte, das meinem Manne bewiesene Vertrauen und Wohlwollen auch auf uns zu übertragen und dürfen Sie versichert sein, stets prompt und reell bedient zu werden.

Hochachtungsvoll

Frau L. Heberer.

Monats-Versammlungen finden künftig jeden zweiten Freitag im Monat im „Strandschlößchen" statt. Nächste Versammlung Freitag, den 11. Februar 1921, 7½ Uhr Tagesordnung u. a. Feier des 19. Stiftungsfestes v. 9. März.

Zuverlässige solide Frau oder Mann sofort für dauernd zum Verkauf von

Kleiderstoff-Restern

bei gutem Verdienst gesucht. Betreffende werden eingerichtet. Erforderlich sind ca. 400 Mark für kleines Warenlager. Schriftl. Meld. mit Angabe der Verhältnisse sind unt. C. A. 33 i. d. Exp. abzugeb.

Sohn achtbarer Eltern, welcher Ostern die Mittelschule verläßt, wünscht

Kaufmann

zu erlernen möglichst im Kontor. Gefl. Off. unter „Lehrling" bitte Schulstraße 3 abzugeben.

Geschäfts- oder Filialleiterin

der Galanterie-, Spielw.- u. Zig.-Branche, 30 J. alt, in ungek. Stellung in Frbr., sucht mögl. sof. anderw. Vertrauensstellung. Ang. unt. 3311 an d. Exp. d. Bl.

Stadt- u. Landreisende

und Versicherungszeitschriftenreisende für hies. Bezirk werb. monatl. 5—8000 Mk. Lebensstellung. Off. u. 75 Handelsstellung Grabow, Mecklenburg

---

Einen zweiten jungen, kräftigen

Laufburschen,

nicht unter 17 Jahren, stellt ein

Otto Doblowitz.

Einen Fleischerlehrling

stellt zu Ostern ein

Johannes Reichhardt,

Fleischermstr., Ob. Breite Str. 11.

Für mein Kolonialwaren-, Spirituosen-, Tabak- u. Zigarrengeschäft suche ich per Ostern einen

Lehrling

mit guter Schulbildung. Angeb. unt. 3305 an die Exped. d. Bl.

Ein ordentl. Dienstmädchen

für Land wird sofort oder später gesucht. Zu melden bei Herrn Stürzebecher, Merseburg, Burgstraße.

Ordentliches

Mädchen

für dauernd bei hoh. Lohn gesucht. Hotel Bayerischer Hof Naumburg a. S. Näheres bei Just, Schmale Straße 14.

Jüngeres Mädchen

½ Tag über gesucht Frau Kraus, Ritterplan, Block 11 a.

Nur noch 3 Tage

dauert unser

Inventur-Ausverkauf.

Deshalb beeilen Sie sich mit ihren Einkäufen.

Einige Beispiele unserer Preiswürdigkeit.

Abteilung: Herren-Bekleidung

Herren-Anzüge	Serie I	295⁰⁰
Herren-Anzüge	Serie II	395⁰⁰
Herren-Ulster	Serie I	175⁰⁰
Herren-Ulster	Serie II	238⁰⁰
Herren-Hosen	Bukskin	79⁰⁰
Herren-Hosen	Neuleder	67⁰⁰
Herren-Hosen	Manchester	132⁰⁰
Herren-Hosen	Kammgarn	85⁰⁰
Jünglings-Anzüge		215⁰⁰
Farbige Herrenstoffe	Meter	39⁰⁰
Blaue Kostümstoffe	Meter	97⁰⁰

Abteilung: Knaben-Bekleidung

Knaben-Stoffanzüge		59⁰⁰
Knaben-Stoffanzüge	6—10 Jahre	129⁰⁰
Knaben-Strickanzüge		85⁰⁰

Auf alle anderen Waren 10% Rabatt.

S. WEISS

Kl. Ritterstr. 6 **Merseburg** Kl. Ritterstr. 6

Kleine Anzeigen

finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Holzh.

E. Demme, Naumburger Str. 37.

Vereine und Gastwirte

beziehen

Kopfbedeckungen

zu Kappenfesten u. Bockbierfesten vorteilhaft von

Kurt Karius,

Spezialgeschäft für Vereinsbedarf.

Brühl 4, a. d. Volksschule I.

Haus- und Grundbesitzer-Verein

E. V.

Mitglieder-Versammlung am

Donnerstag, den 10. d. Mts., abends 7½ 8 Uhr

im „Strandschlößchen." Der Vorstand.

Frankleben.

Deutsche demokrat. Partei, Kreisverein Merseburg.

Am Freitag, den 11. d. M., spricht der Vorsitzende der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine Landtags-Abgeordneter Gustav Hartmann in einer

öffentlichen Wähler-Versammlung

im Gasthof Siebeck in Frankleben über:

Arbeiter- und Angestelltenfragen im neuen Landtage.

Alle Männer und Frauen aus dem Geiseltale werden zu dieser hochinteressanten Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

Verein ehem. Angehöriger des Füsilier-Regiments 36, Merseburg.

Am Donnerstag, den 17. Februar, 8 Uhr abends

Versammlung und kameradschaftliches Beisammensein

im „Kyffhäuser" Steinstraße Nr. 4. (Verausgabung der Kriegerfahrtücher)

Der Vorstand.

Lichtspiel-Theater Gasthaus Naundorf.

Eröffnungs-Vorstellung

am Freitag, den 11. Februar 1921, 7½ Uhr abends

Das ausgeschnittene Gesicht

Großes Detektiv-Abenteuer aus dem Artistenleben in 6 Akten.

Ferner:

Der Lumpenbaron!

Köstliches Lustspiel.

Ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, den verehrlichen Besuchern nur erstklassige Bilder zu zeigen und bitte um geneigten Zuspruch. Walter Heltke.

Lohnschnitt

aller Holzarten

übernimmt

H. Schmidt, Baugeschäft, Mollkestr. 25.

Leonhard Lutz Nachf.

Inh.: H. Wegele und Reg.-Baumeister Wegner

Hoch- u. Tiefbau, Eisenbeton

Mannheim, Viehhofstrasse Nr. 18 — Merseburg, Weissenfelser Str. 52a

---

Continental-Regenmäntel

sind genäht und geklebt und bieten durch Verwendung allerbester, geruchloser Para-Gummierung größte Gewähr für Wasserdichte.

In reicher Auswahl erhältlich bei

Franz Hildebrandt,

Kleine Ritterstraße 13.

Bruchleidende

bedürfen kein Schmerzendes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens selbst verstellbares, konkurrenzlos dastehendes, ärztlich empfohlenes

Universal-Bruchband

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist.

Mein Spezialist ist zu sprechen in:

Merseburg, Hotel goldene Sonne, am Donnerstag, den 10. Febr., morg. von 8—1;

in Mücheln, Hotel Wendenhof, am Mittwoch, den 9. Febr., mittags von 12½—5½;

in Schafstädt, Gasthof Prinz von Preußen, am Donnerstag, den 10. Febr., mittags von 2½—6½

mit Mustern vorerwähnter Bänder, sowie mit ff. Gummi- und Feder-Bänder neuesten Systems, in allen Preislagen, anwesend. Muster in Gummi-, Hängegeld-, Leib-, Umstands-, Mutterverfall- und Magenkarmverfall-Binden, wie auch Geradehalter, Krampfaderstrümpfe, und Suspensorien stehen zur Verfügung. Neben fachgemäßer Versicherung auch gleichzeitig streng diskrete Bedienung. Anerkennungsschreiben stehen zur Verfügung.

Ph. Steuer Sohn, Spezial-Bandagen- und Orthopädie, Fabrikation, Konstanz in Baden Wessenberg-straße 15 17. Tel. 515.

Zuckerfabrik nahe bei Halle a. S. schließt unter kulanten Bedingungen noch

Zuckerrüben-Anbauverträge

ab. Gefällige Anträge unter H. E. 261 an Ala-Haasenstein & Vogler, Halle a. S.

Kräftiges Mädchen

nicht unter 18 Jahren, am liebsten am Lande, für sofort gesucht

Brühl Nr. 2.

Wegen Verheiratung

meines jetzigen suche für 1. April ein braves, nicht zu junges

Mädchen

für Küche und Haus. Für Geschäftsreinigung Aufwartung vorhanden. Zu melden vorm oder nach 6 Uhr abends.

Ob. Burgstr. 9, I.

Jüng., durchaus zuverl. ehrl. Frau für **Aufwartung** ganztägige

in der Apotheke gesucht

Dom-Apotheke.

Schw. Geldscheintasche mit Inhalt verloren.

Finder erh. gute Belohnung. Abzug. Thietmarstr. 5, 2 Tr.

Dienstag abd. 6 Uhr ist auf dem Bahnhof in Merseburg von dem Kriegsinval. Max Böhlins eine schwarze Brieftasche mit 150 M. Inhalt verloren. Gef. B. l. a. gg. in Büdorf 20, od. r. Merseburg, Wagnerstraße 6.

Brauner Jagdhund entlaufen.

Gegen Belohnung abzugeben Vorwerk 1.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210209-15/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 33. Mittwoch den 9. Februar 1921. 47. Jahrg.

Die Lage im Reiche.

Berlin von einem neuen Generalstreik bedroht.

Aus Berlin wird uns berichtet: Der Berliner Magistrat wird voraussichtlich noch am Dienstag sich mit der Streikdrohung der städtischen Arbeiter befassen. Die Arbeiter der Stadt werden am Donnerstag in eine Urabstimmung darüber eintreten, ob sie in allen städtischen Werken den Generalstreik proklamieren oder sich dem Spruch des Schlichtungsausschusses fügen wollen. Den städtischen Arbeitern wurde im November eine Lohnzulage von 20 bezw. 50 ₰ pro Stunde bewilligt; jetzt haben sie mit der Tarifkommission der städtischen Verwaltung vereinbart, daß ihnen mit rückwirkender Kraft bis 1. November eine Erhöhung der Bezüge um 15 Prozent bewilligt wird und außerdem vom 1. Februar ab eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 ₰. Der Magistrat ist dieser Vereinbarung nicht beigetreten. Er will die 15 Prozent bewilligen, aber die jugendlichen Arbeiter bis zu 18 Jahren ausgenommen wissen und ebenso jene 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen, die in den städtischen Anstalten in Kost und Logis sind. Auch die 10-₰-Zulage ab Februar ist abgelehnt worden. Darauf haben nun die Funktionäre dieser städtischen Arbeiter beschlossen, eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses herbeizuführen, und, falls diese zu ihren Ungunsten ausfällt in den Streik eingutreten. Hinter der Bewegung steht auch dieses Mal der seit dem letzten Elektrizitätsarbeiterstreik berüchtigte Kommunist Sylt. Der Oberbürgermeister von Berlin hat dem Organisationsleiter des Verbandes der städtischen Arbeiter gegenüber erklärt, daß nach seinem Ermessen die geforderten Zulagen von der Stadt nicht bewilligt werden können. Die neuen Forderungen würden eine Ausgabe von 75 Millionen Mark darstellen, eine Belastung, die die Finanzen der Stadt nicht tragen können. Wenn die Arbeiter auf ihren Ansprüchen bestehen, dann würde der städtischen Verwaltung weiter nichts übrig bleiben, als nicht nur die Straßenbahn, sonden auch die Gaswerke und auch andere Werke in einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb umzuwandeln. Die Hinzuziehung des Privatkapitals würde dann unerläßlich sein, was allerdings dem Ruin der Sozialisierungsbestrebungen innerhalb Berlins gleichkommen würde. Kommt es zum Ausstand, dann würde der ganze städtische Betrieb, Elektrizitäts-, Gas-, Straßenbahn- und Wasserwerke stillgelegt werden.

Volksschullehrer Pausen zum Berliner Stadtschulrat bestätigt.

Der Oberpräsident von Brandenburg hat, wie wir hören, die Wahl des Hamburger Volksschullehrers Paulsen zum Berliner Stadtschulrat bestätigt. Die Bestätigung ist erteilt worden nach Anhörung der Oberschulbehörde in Hamburg, deren Gutachten für Paulsen günstig ausfiel, und auf Grund eines einstimmig erstatteten Gutachtens des Berliner Provinzialschulkollegiums.

Zurückhaltung im Handel mit Frankreich und England.

Von einer sehr großen Anzahl seiner Mitglieder wird, wie der Hansa-Bund uns schreibt, neuerdings der Wunsch laut, sofort eine großzügige Propaganda dagegen einzuleiten, daß noch weiter französische Waren in Deutschland gekauft werden. Der deutsche Konsument, so verlangen jene deutschen Stimmen, soll dazu erzogen werden, französische Waren als Antwort auf die Pariser Beschlüsse energisch zurückzuweisen. Falls sich auch England weiter hinter Frankreich stellt, soll der einmütige Entschluß auch auf englische Waren ausgedehnt werden. Die naheliegende Befürchtung, daß gewisse Erzeugnisse, die wir durchaus brauchen, in Deutschland vorübergehend sehr knapp werden könnten, dürften zurücktreten hinter der Möglichkeit, daß heute jede Ware über das neutrale Ausland bezogen werden kann. Besonders zu bedenken ist, daß Amerika die größten Anstrengungen macht, sich das Geschäft mit Deutschland allein zu sichern, genau wie Amerika es im Kriege verstanden hat, den südamerikanischen Markt und andere Exportmärkte an sich zu reißen. Amerika wird auch diesmal in Deutschland triumphieren, wenn Frankreichs und Englands Wahnsinn weitergeht. Es kann schon jetzt konstatiert werden, daß Amerika in letzter Zeit große Fortschritte im Handel mit Deutschland gemacht hat. — Der Vorstand des Hansa-Bundes wird sich mit diesen Fragen eingehend befassen und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen organisieren.

Hindenburg mahnt zur Einigkeit.

Bremen, 8. Febr. Generalfeldmarschall v. Hindenburg ist in Bremen eingetroffen und hat eine Begegnung mit Ludendorff gehabt. Der Feldmarschall, dem die Stadt als ihrem Ehrenbürger einen begeisterten Empfang bereitete, gewährte einem Mitarbeiter der „Weserzeitung" eine Unterredung, in der er betonte, daß wir beute alle einig sein müssen. Unser Unglück sei unsere Eigenbrödelei. Zur außerpolitischen Lage erklärte Hindenburg, daß er den Eindruck habe, daß besonders die militärischen Führer Frankreichs die Angst vor Deutschland nicht loswerden könnten. Das Verlangen der Franzosen, nach dem Nurgebiet erscheint auch Hindenburg als eine durchaus ernst zu nehmende Gefahr, doch dürfen wir uns dadurch nicht einschüchtern lassen, den weiteren Forderungen der Entente nachzugeben. Hoffentlich bleibe unsere Regierung diesmal fest, wie es schon die Würde verlange. In Amerika zeigen sich Stimmen zu unseren Gunsten. Eine Menge von Spenden zur Verteilung an Notleidende komme dauernd von drüben bei Hindenburg an. Auch der Abstimmung in Oberschlesien sieht Hindenburg mit Zuversicht entgegen. Er erzählte, daß polnische Strolche tatsächlich deutsche Frauen ihrer Kleider beraubt und sie bis aufs Hemd ausgezogen hätten. Gerade dieses Vorgehen und die Aussichten für die Oberschlesier, ins polnische Heer zum Kampfe gegen Rußland gesteckt zu werden, müßten eine günstige Rolle bei der Abstimmung spielen. Auch sonst sieht der Feldmarschall die Lage im Osten etwas günstiger an als vor wenigen Monaten. Der Bolschewismus flaue dort ab, wie ihn erst vor einigen Tagen von Herrn von Batocki mitgeteilt worden sei. Gegen 3 Uhr begaben sich Hindenburg und Ludendorff im Auto nach Vegesack, um dem Stapellauf des Dampfers „Hindenburg" beizuwohnen. Dann begab sich der Feldmarschall nach Bremen zurück.

Der Dank der Reichsregierung für die amerikanischen Milchkühe.

Aus Anlaß der Ankunft des Dampfers „West Arrow" mit dem ersten Transport amerikanischer Milchkühe in Bremen hat der Ernährungsminister Dr. Hermes den amerikanischen Geschenkgebern durch ein Kabeltelegramm den Dank der Reichsregierung übermittelt.

*

Unstimmigkeiten zwischen Bayern und dem Reich.

Zwischen Bayern und dem Reich sind einige Unstimmigkeiten entstanden. Die Reichsregierung will die Entwaffnungsfrage unabhängig von der Reparationsfrage behandelt wissen, während Bayern auf dem Standpunkt steht, daß die Vorschläge der Alliierten als ein Ganzes zu betrachten und infolgedessen ungeteilt abzulehnen sind. Bayern nimmt also einen noch schärferen Standpunkt ein als das Reich.

Der Standpunkt Bayerns.

München, 9. Febr. Die Korrespondenz Hoffmann verbreitet die Mitteilung, daß bei der Berliner Konferenz über die Vorschläge des bayerischen Ministerpräsidenten keine Einigung erzielt wurde. Welche Gründe Herr von Kahr auch zu dieser Erklärung veranlaßt haben mögen: es bleibt jedenfalls bedauerlich, daß es so gekommen ist, weil die Berliner Kundgebung über die Konferenz vor der ganzen Welt eine Unstimmigkeit bekundet. Der Standpunkt Bayerns in der Entwaffnungsfrage und in der Einwohnerwehrfrage ist ja allgemein bekannt. Regierung und Koalitionsparteien waren darüber einig, daß das Pariser Diktat als Ganzes zu betrachten und daher auch im ganzen abzulehnen sei, so daß die Entwaffnungsfrage nicht besonders behandelt werden dürfe. Mit dieser Auffassung ist Bayern allein geblieben. Weiteres läßt sich erst nach den neuerlichen Beratungen des Ministerrates und der Koalitionsparteien sagen. Bisher sei, daß die Behauptung vom Wiederaufleben separatistischer Bestrebungen eine Unterstellung ist.

Wenn die Ententeforderungen auf Entwaffnung der Einwohnerwehr, die dem Friedensvertrag und dem Spa-Abkommen entsprechen, nicht erfüllt werden, so ist es klar, daß die Stimmung in den Ententeländern und auch bei den Neutralen wiederum mit Leidenschaft gegen den angeblichen deutschen Militarismus aufgepeitscht werden kann. Aber auch innerpolitisch würde es, wenn Bayern die Entwaffnung ablehnen sollte, zu schweren Schäden führen. Die Einheitsfront müßte gefährdet werden, und zwar würde in Bayern selber die innere Erschütterung nicht ausbleiben. Schon jetzt hat die Sozialdemokratie Nordbayerns in einer Entschließung erklärt: „Bleibt die Regierung Kahr auf ihrem Standpunkt bestehen, so bedeutet das in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes einen Bruch Bayerns mit dem Reiche. Dieses frevelhafte Spiel der Kahr-Regierung kann und darf die Bevölkerung Nordbayerns nicht mitmachen. Wenn die Kahr-Regierung das Bayernland ins Unglück stürzen will, muß sie allein die Verantwortung tragen. Die bayerische sozialdemokratische Partei erklärt schon heute, daß sie dieser Wahnsinnstat der Bayern-Regierung Widerstand entgegensetzen wird, und daß sie sich voll und ganz hinter die Politik des Reiches stellt." — Die bayerische Regierung darf in dieser Frage sich nicht an Reichstreue von der Sozialdemokratie übertreffen lassen. Sie muß wenigstens grundsätzlich erklären, die Entwaffnung der Einwohnerwehr durchzuführen. Da die Entente als Termin für die Entwaffnung den 31. März gesetzt hat, so hat Bayern immerhin die Möglichkeit, die Entscheidung in Ruhe zu treffen und sie wenigstens so weit hinauszuschieben, daß wenigstens für alle Fälle sein grundsätzliches Einverständnis mit allen Entscheidungen der Reichsregierung geben. Eine Ablehnung der Entwaffnung bedeutet Stärkung der nationalistischen Strömungen in Bayern und damit Schädigung der deutschen Position in London. Wenn, was man vorläufig noch nicht annehmen soll, in London keine Verständigung zustande käme, und dann die angedrohten Strafmaßnahmen, vor allem weiteres Vorrücken der Ententeheere in Deutschland zur Wirklichkeit würde, müßte jo Bayern doch nachgeben. Aus allen diesen Gründen hätte erwartet werden dürfen, daß Herr von Kahr sich in Berlin anders verhalten haben sollte, als er das getan hat. Noch ist bis zur Stunde die Entscheidung des bayerischen Ministerrats nicht bekannt. Sicher ist nur das eine, daß auch die gesamte Deutsche demokratische Partei in Bayern unbedingt an dem Grundsatz festhält: Erst Deutschland, dann Bayern. Auch sie will die bayerische Einwohnerwehr nicht verächtlich beseitet legen, aber sie will auch nicht um Bayerns willen unendbares Unglück über das gesamte deutsche Volk bringen. Dieser Standpunkt wird von allen Demokraten und darüber hinaus von allen Parteien im übrigen Deutschland gebilligt werden. Man kann nur wünschen, daß auch die bayerische Staatsregierung zur gleichen Einsicht gelangt.

Der bayerische Landtag fordert Auskunft.

München, 8. Febr. Die U. S. P. hat im Landtag über die Stellungnahme des Ministerpräsidenten von Kahr in Berlin eine Interpellation eingebracht, in der vom Ministerpräsidenten Aufschluß über die Stellung verlangt wird, die er am 5. Februar in Berlin eingenommen hat. Die Interpellation wird damit begründet, daß ein Widerspruch zwischen den offiziellen Meldungen der Berliner und Münchner Regierung bestehe. Der Ernst der politischen Lage erfordere Klarheit über diesen Widerspruch und eine Gelegenheit für den bayerischen Landtag zur Stellungnahme.

Württemberg läßt die Einwohnerwehr auf.

Berlin, 9. Febr. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg." aus Stuttgart erklärte gestern im württembergischen Landtage der Minister des Äußern Graf, daß er sich in der Entwaffnungsfrage in völliger Übereinstimmung mit dem Reichskommissar befinde. Die württembergische Einwohnerwehr werde nach entsprechender Anweisung der Reichsregierung aufgelöst werden.

Deutschland.

Die Teuerungszuschläge der preußischen Beamten.

Der für Preußen verfassungsmäßig für die Zeit der Auflösung des Parlaments einzusetzende ständige Ausschuß von 29 Mitgliedern, zusammengesetzt entsprechend dem Stärkeverhältnis der Parteien in der Landesversammlung, ist gestern zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Nachdem von demokratischer Seite darauf hingewiesen worden war, daß die Teuerungszuschläge der Beamten gegenüber der Teuerung unzureichend seien, wurde die Notverordnung über die Änderung der Besoldungsordnung sowie diejenige über die Zuschläge zum Grundgehalt und Ortszuschlag der Staatsbeamten angenommen.

Der Zusammentritt des preußischen Landtags.

Mit Rücksicht auf die Karwoche ist es wichtig, daß der Landtag nach seiner Neuwahl möglichst schnell zusammentritt. Man nimmt an, daß das Wahlergebnis bis zum 8. März vorliegen kann, daß am nächsten Tage die Legitimationen an die Abgeordneten abgegeben werden können und der Landtag zum 10. März einberufen werden kann. Damit wird es möglich sein, die Wahl des Ministerpräsidenten und die Berufung des Staatsministeriums bis zum 19. März zu erledigen.

Zwei Jahre Regierungsarbeit in Preußen.

Unter diesem Titel ist, bearbeitet von der Pressearbeitsstelle des preußischen Staatsministeriums, jetzt auf Grund amtlichen Materials eine Veröffentlichung erschienen (Verlag für Politik und Wirtschaft G. m. b. H., Berlin), die deutlich zeigt, wie die preußischen Ressorts bemüht waren, auch in dieser Zeit unendlicher Schwierigkeiten, die ihnen anvertrauten Interessen nach Möglichkeit zu schützen. Von besonderem Interesse sind die ausführlichen Darlegungen des preußischen Handelsministeriums und des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten. Die beiden Ministerien werden bekanntlich von den demokratischen Ministern Fischbeck und Oser verwaltet. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten darf mit besonderem Stolze die Vollendung des Mittellandkanals als positive Leistung buchen. Daß aber über größeren Dingen auch die berechtigten Interessen beispielsweise des Handwerks und Kleingewerbes nicht vergessen wurden, dafür zeugt der darauf bezügliche Abschnitt in dem Bericht des Handelsministeriums. Es heißt hier: Es wurde auf die aus dem Felde zurückgekehrten Handwerker besonders Rücksicht genommen, denen Werkzeuge und Waren aus Beständen der Heeresverwaltung zugeführt, und in deren Interesse eine leichtere Befriedigung von Kreditgesuchen heimkehrender Kriegsteilnehmer durch Einschaltung der Kreditgenossenschaften unter gleichzeitiger Verfürzung der Mittel der Kriegshilfskassen geschieht wurde. Anlaß zu außerordentlichen Maßnahmen bot die Beschäftigungslosigkeit der Schornsteinfeger, die aus den abgetretenen Gebieten weichen mußten und die zeitweilige starke Arbeitslosigkeit im Bäcker- und Konditorengewerbe. Deren Steuerung wurde durch viel beachtete Erlasse bewirkt, die im Schornsteinfegerhandwerk und im Bäckergewerbe insofern Beschäftigungen einführten, als für jeden Betrieb nur noch ein Lehrling zugelassen wurde. Ein Neuaufbau der Berufsberatung und der Berufsämter zeitigte Erfolge.

Die Betriebsbilanz.

Das Gesetz über die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und Verlustrechnung ist mehrfach geändert worden. Zunächst gegenüber der Vorlage der Regierung im Ausschuß und dann gegenüber der Ausschußfassung in der zweiten Lesung. Wir bringen daher den Wortlaut des grundlegenden Paragraphen in endgültiger Fassung: Zur Erläuterung der Betriebsbilanz ist über die Bedeutung und die Zusammenhänge der einzelnen Bilanzposten Auskunft zu geben. Die Auskunft muß sich auf die Unterlagen der Bilanz, wie Inventar, Hauptbuch, Kontokorrentkonto, Betriebs- und Handlungskosten gründen. Eine Verpflichtung zur Vorlegung von Bilanzunterlagen besteht nicht. Auf wesentliche Veränderungen, die im Geschäftsjahre vorgekommen sind, ist hinzuweisen. Sind Aktiva oder Passiva im Laufe des Geschäftsjahres aus dem Betriebsvermögen dem Nichtbetriebsvermögen oder aus dem Nichtbetriebsvermögen dem Betriebsvermögen zugeführt worden, so sind sie bei Vorlegung der Betriebsbilanz in einer besonderen Aufstellung auszuweisen. Gehören zu einem Unternehmen mehrere Betriebe, so muß bei Vorlegung der Betriebsbilanz, soweit es die Eigenart des Unternehmens und der dazu gehörigen Betriebe gestattet, die Geschäftslage der einzelnen Betriebe erläutert werden.

Das erste Ehejahr.

Roman von Ruth Goetz.

(Nachdruck verboten.)

In dem Eßzimmer der kleinen Wohnung brannte die Lampe, der Tisch war mit einer weißen Decke gedeckt. Rote Tulpen neigten aus schlanken Gläsern die Blüten und strömten einen zarten Duft aus. In dem Teekessel sang das Wasser ein leises Lied, das wie eine flüsternde Begleitung zu den perlenden Tönen war, die aus dem Nebenzimmer hereinbrausten. Das Klavier war verstimmt; aber die Hände, die es meisterten, ließen vergessen, daß nicht mehr alle Saiten in dem einzigen Wohlklange erschallten. Mutter und Tochter, die an dem Tische saßen, schienen von dem Musen, Locken und Jauchzen der Musik nichts zu vernehmen, sie sprachen leise und erregt; das junge Mädchen zeigte ein entschlossenes Gesicht.

„Ich werde Renate holen", sagte Gerta und erhob sich. „Bitte, steh' mir bei, Mama, es handelt sich um mein Lebensglück. Renate darf nichts dagegen haben. Wenn sie es nicht will, dann hilfst du mir, Mutter, ja?"

Durch die angelehnte Tür wurde in dem Halbdunkel des Nebenzimmers Renate sichtbar. Ihr Kopf bewegte sich zu dem Takte des kleinen Liedes, das ihre Lippen halblaut summten. Als die Töne verklungen waren, trat Gerta leise herein.

„Du spielst herrlich, Renate, wie eine Virtuosin. Von wem war das Lied, das du zuletzt sangst?"

„Von wem? Ich weiß es nicht, es ist mir eingefallen, als ich am eifrigsten an meiner Arbeit saß."

Sie stand auf und machte einige Schritte durch das Zimmer. Selbst in dem ungewissen Lichte sah man die schlanke Ebenmäßigkeit ihrer Gestalt, neben der Gerta kleiner, unbedeutender wirkte. Als Renate von ihrem Roman, an dem sie arbeitete, zu sprechen begann, wurde Gerta lebhaft und versuchte, in dem Halbdunkel Renates Züge zu unterscheiden. Ihre Gedanken eilten, bauten. Sie suchte nach einer Einleitung des Gespräches. „Hast du noch viel zu arbeiten?"

Renate legte ihren Arm um die Schulter der Schwester. Der Wohlklang ihrer Stimme war wie eine schöne, weiche Musik, schmeichelte sich in Gertas Herz und erfüllte sie hoch mit einem Zorn gegen die überreich bedachte Schwester.

„Viel, sehr viel, Gerta", sagte Renate. „Ich könnte zweifeln verzweifeln, wenn es mir nicht gelingt, das auszusprechen, was ich dem Leser sagen will . . . Ich zweifele an meinem Talent, glaube, ein elender Stümper zu sein . . . Aber ich wollte mich heute abend nur erholen, um morgen wieder frisch schreiben zu können."

„So komm zu Mama, sie wartet mit dem Tee auf uns . . . Und ich, Renate, ich wollte dich um etwas bitten."

In dem Wunsche, die Schwester durch ein Wort der Bewunderung günstig zu stimmen, rief sie, indem sie die Tür zu dem Speisezimmer öffnete:

„Renate, du hast viel von der Natur mitbekommen, ich bin gegen dich ein Aschenputtel, nun sei so lieb und höre mich an."

Als die beiden Mädchen sich an den Tisch setzten, beobachtete Frau Heinsius ihre Tochter scharf. Die seinfühlende Mutter wußte nicht, sie in ihrem Hause besaß, seitdem Renate die Lasten des Lebens für die Familie auf ihren Schultern trug. Freilich, Renate räumte ihr alle Besugnisse ein, fragte die Mutter stets um Rat, sie aber wußte, daß sie und Gerta von der ältesten Tochter abhingen, wenn man in dem Rahmen leben wollte, den Renate nach dem Tode des Vaters geschaffen. Die Pension, die Frau Heinsius von der Fabrik erhielt, in der Doktor Heinsius bei einem Unfall seinen Tod gefunden, hätte für ihre Person allein gereicht. Wollte man aber mit einer Familie davon leben, dann würde man sich nach allen Richtungen hin einschränken müssen. Wie die Mutter jetzt Gertas Worte vernahm, lächelte sie leise und bewunderte ihr zielbewußtes Vorgehen. Nun steuerte Gerta ohne jeden Übergang auf das, was sie erreichen wollte, los:

„Doktor Reintal war heute hier", sagte sie, „er kam, als du arbeitetest, ich wollte dich nicht stören."

„Er hat uns gebeten, das Fest seiner Korporation in Charlottenburg mitzumachen", warf Frau Heinsius schnell ein.

Bei den Worten der Mutter zuckte Renate zusammen. Sie wurde plötzlich still, die Hände lagen gefaltet im Schoß. Die Brauen waren zusammengezogen, eine senkrechte Falte auf der Stirn gab ihrem Antlitz Herbheit und Härte.

„Das Fest der Turnerschaft, das fünfundzwanzigste Stiftungsfest, es wird bestimmt dabei keiner der Herren fehlen." Und leise fragte sie: „Wollt Ihr gehen?"

Gerta lief auf die ältere Schwester zu, legte die gefalteten Hände auf die Schulter Renates und schmeichelte:

„Ich möchte gern, Renate. Es ist bestimmt das letzte Mal, daß ich dich um etwas bitte. Du bist mich bald los und hast nicht mehr für mich zu sorgen. Doktor Reintal wird das übernehmen."

Renate hob mit einer raschen Bewegung den Kopf, dabei sah Gerta halb hingerissen, halb eifersüchtig, wie schön die Schwester war.

Fein und schmal das Gesicht, voll Anmut und Weiblichkeit. Diese Weiblichkeit verlieh der hohen Stirn, den Augen mit dem sammenden Glanze einen rührenden Ausdruck der Güte, einen unvergleichlichen Reiz. Die Brauen standen in einem hohen, gewölbten Bogen, schimmerten dunkler als das Haar, dessen Farbe an das Leuchten des reifenden Weizens erinnerte. Es war aus dem Gesicht gestrichen, lag in einem starken Kranze auf dem Kopfe. Sie selbst kam sich dagegen klein, unscheinbar vor. Es gab Tage, da sie ihre Häßlichkeit bemeinte, ihr Gesicht mit den breiten Wangenknochen nicht im Spiegel sehen mochte. Sie versuchte, durch kleidsame Frisuren, durch eigenartige Gewänder es zu erreichen, daß sie nicht allzusehr neben der schönen Schwester abstach.

Jetzt lächelte sie, und das Lächeln schwand nicht, als Renate Gertas Arm ergriff:

„Was sprichst du da, Gerta? Habe ich schon gesagt, daß du mir eine Last bedeutest? Und Reintal will für dich sorgen? Wie soll ich das verstehen? Wird er dich heiraten?"

Als Gerta merkte, daß sie ihrem Ziele näher kam, bat sie:

„Sei nicht böse, Renate. Ich weiß genau, wie schwer es für dich ist, Mutter und mich zu erhalten. Mama hat ihre Pension noch nicht angegriffen, seitdem du als Schriftstellerin so viel verdienst. Du arbeitest, die schönsten Jahre deines Lebens gehen hin . . ."

Renate lachte.

„Die schönsten Jahre meines Lebens, ich habe sie nutzlos weggeworfen!"

„Sprich nicht so", bat Gerta, „das Leben liegt vor dir. Und, Renate, kein Mann ist eine Träne wert." Sie sagte es flüsternd, denn aus Renates Auge hatte sich eine Träne gelöst und fiel hinein in die verschlungenen Hände. Gerta wollte nun rasch auf ein anderes Thema kommen, sie sprach hastig weiter:

„Ich werde dich entlasten. Reintal hat uns heute gesagt, daß er Vermögen besitzt. In Not werden wir also nicht geraten, und wenn ich verheiratet bin, werde ich mich dir gegenüber einmal dankbar erweisen können."

„Liebst du ihn?" fragte Renate.

„Ob ich ihn liebe?" Gerta lächelte und ihre Stimme wurde leiser, wie stets, wenn sie sich erregte: „Renate, dürfen wir armen Mädchen darauf fragen? Ich achte ihn, ich glaube, daß er tüchtig in seinem Berufe ist. Was will ich mehr? Ich will nicht unverheiratet bleiben, ich habe kein Talent zur Arbeit. Als Frau spiele ich gesellschaftlich eine Rolle, die ich als Mädchen niemals erreichen kann. Für mich ist die Aussicht auf Selbständigkeit etwas Schreckliches: ich will einen Mann, unter dessen Schutz ich stehe. So sehr ich dich bewundere, Renate, daß du als Schriftstellerin dir einen Ruf erworben, ich könnte niemals an deiner Stelle sein."

Renate hob die Hand.

„Gerta, ich warne dich, ohne Liebe wird die Ehe zur Qual. Es gehört die tiefe und herzliche Neigung dazu, um ein Leben lang mit einem Manne in innigster Gemeinschaft auskommen zu können. Arbeite lieber, — es ist ehrenvoller, mit der Zeit wird es dir Freude machen. Heirate nicht, um versorgt zu sein, das darfst du auch dem Manne nicht antun, der sich im Besitze deiner Liebe glaubt."

Die drei Frauen schwiegen. Leise sang die Gasflamme, der Teekessel auf der Spirituosflamme stimmte in das Lied ein.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210209-15/fragment/page=0005

Vermischte Nachrichten.

Das ehemalige deutsche Schlachtschiff „Baden" versenkt.

London, 9. Febr. Das vormalige deutsche Schlachtschiff „Baden" ist zwischen Mainland und der Insel Wight im Verlaufe von Versuchen mit Lufttorpedos und luftgetragenen Geschützen versenkt worden. Die „Baden" wird zum Zwecke weiterer Versuche wieder gehoben werden.

Blutiger Verlauf von Wahlversammlungen.

Stettin, 8. Febr. Der Wahlkampf nimmt in Pommern in einzelnen Orten recht scharfe Formen an. In einer sozialdemokratischen Versammlung in Kolbatz, in der ein Arbeiter eine Hetzrede hielt, wurde die Stimmung immer erregter, so daß die Versammlung schließlich sich unter allgemeiner Unruhe auflösen mußte. Vor dem Versammlungslokal wurde ein Fensterglas durch Faustkritte verletzt. Er griff zur Pistole, gab fünf Schüsse ab, von denen ein Arbeiter getroffen wurde, der inzwischen seinen Verletzungen erlegen ist.

Auch in **Bublitz** nahm eine Versammlung der Deutschnationalen einen sehr stürmischen Verlauf. Hier sprach der Abgeordnete Schlange-Schöningen. In der Diskussion meldete sich der Kommunist Schultz, dem schließlich nach 1½ stündiger Redebauer das Wort entzogen werden mußte. Das war für die Kommunisten das Signal zu einer allgemeinen Schlägerei, bei der auch das Messer eine Rolle spielte. Eine Anzahl Bublitzer Bürger wurde verletzt und mußte blutüberströmt aus dem Saale gebracht werden.

Zwei schwere Postdiebstähle.

Trier, 8. Febr. In Trabu-Trarbach an der Mosel brangen in der vergangenen Nacht drei maskierte Männer in das Postamt ein und raubten 180 000 Mark in barem Gelde und Postwertzeichen. Der anwesende Nachtwächter wurde durch Drohungen im Schach gehalten.

Liegnitz, 8. Febr. Am Sonnabend drangen drei bewaffnete Männer in den Postwagen des von Goldberg nach Liegnitz fahrenden Eisenbahnzuges, schlugen den Postschaffner Heinzel nieder und raubten aus dem Postwagen den Postbeutel mit etwa 120 000 bis 130 000 Mark, worauf sie die Notleine zogen und aus dem zum Halten gebrachten Zug sprangen.

* Ein Raubmord wurde an der 70jährigen Privatiere Lina Richter in Chemnitz verübt. Sie wurde durch einen Stich mit einer Schusterahle in den Kopf ermordet. Neben der Greisin fand man eine Kassette mit Wertpapieren. Der Raubmörder ist entkommen.

* Zum Tode verurteilt wurde vom Schwurgericht in Krefeld der Gemüsehändler Martin Cremers und der Handelsmann Jacob Schloßmacher, die am Silvesterabend bei einem räuberischen Überfall die Witwe Kirches töteten und ihren Sohn durch zwei Revolverschüsse verletzten.

* Hochwasser im Havelland. Nicht nur in der Gegend von Werder, sondern auch an der oberen Havel machen sich die bedeutenden Niederschläge der letzten Wochen bemerkbar. In den nördlichen Vororten Berlins ist der Grundwasserspiegel um mehr als 50 Zentimeter gestiegen, so daß in zahlreichen Häusern die Keller geräumt werden mußten. In der Gegend von Birkenwerder, Hohennenendorf und Stolpe haben die Wassermassen bereits erheblichen Schaden angerichtet.

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärtigen Blättern.

Gestorben.

Klara Gäbler (66 J.), Halle; Franz Hübner (74 J.), Halle; Lina Scharr geb. Widimski, Zeitz; Rudolf Böhme (11 J.), Zeitz.

Möbl. Wohn- u. Schlafzimmer möglichst bald gesucht. Angeb. unter 3304 an die Exp. d. Bl.

2 junge Kaufleute suchen per sofort oder 1. 3. 21.
möbl. Zimmer.
Angeb. u. 3309 an d. Exp. d. Bl.

Junger Beamter sucht sofort hübsch möbliertes Zimmer.
Ang. u. 3282 a. d. Exp. d. Bl.

Zimmer mit Bett oder ein leeres Zimmer sucht solider ledig. Mann. Ang. unt. 3310 an die Exped. d. Bl.

2 junge, saubere Herren suchen
ein Zimmer mit 2 Betten.
Ang. unt. 3297 an die Exp. d. Bl.

Wohnungstausch.
Sonnige 3-3.-Wohnung in Halle (Süd) gegen 4—5-Zimmer-Wohnung in Merseburg zu tsch. gesucht. Ang. unt. 3259 an die Exp.

10 000 Mark
auf 1. Hypothek zum 1. 4. 21 auf fast neues Grundstück gesucht. Angeb. unt. 3306 an die Exp. d. Bl. Vermittler ausgeschlossen

Gut erhaltener Gasheizofen zu kaufen gesucht. Angebote unter 3303 an die Exp. d. Bl.

Statt Karten.

Für die uns zu unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank.

H. Finke und Frau
Martha geb. Franke.
Mansfeld (Stadt), 8. Februar 1921.

Am 7. Februar verschied sanft nach kurzer Krankheit unsere gute treusorgende Mutter

Friedrike Zimmermann

im fast vollendeten 71. Lebensjahre.

Dies zeigen schmerzerfüllt an:

Gustav Zimmermann und Familie.

Merseburg, den 8. Februar 1921.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause, Sixtiberg 13, aus statt.

Leder-Handlung
Gegr. 1861. **Gebrüder Becker** Tel. 423.
Breite Strasse 4.
Schleder und Oberleder-Ausschnitt
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Schäfte — Gummiflecke
Fensterputzleder.

Pferde zum Schlachten kauft
Arthur Hoffmann,
Brühl 6,
Roßschlächterei,
Fernruf Nr. 264.
Inhaber der Erlaubnis zum Ankauf u. Schlachten perdend.

Doppel-Hausgrundstück
in schönster und zentraler Lage der Stadt bei Anzahlung von mindestens Mk. 50000 zu verkaufen. Angebote unter 3293 an die Exped. d. Bl.

Einige Masken
zu verleihen Gutenbergstr. 3.

Ein Konfirmanden-Jackett und Weste, sowie zwei Mäntel, für 10jährig. Mädchen passend, zu verkaufen
Grunenbahnstr. 5, 1 Tr.

Guterhalt. Konfirmandenanzug
billig zu verkaufen
Neumarkt 5?, part.

Ein noch sehr gut erhaltener, wenig getragener **Smoking** (mittlere Figur) zu verkaufen. Wo, sagt die Exped. d. Bl.

Blauer Militärrock,
gut erhalten, zu verkaufen
Obere Breite Str 22, 1 Tr

Schafpelz,
ohne Bezug zu tragen, preiswert zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

2 P. gebr. Schnürschuhe 43 44 b. ll. z. verk. Lindenstr. 17, 2 Tr.

Ein Paar **Kinderschuhe** Gr. 28, kleiner Füllofen und kleine Kochmaschine in Küche zu verkauf. Fahrendorf Nr. 8 b. Dürrenberg.

Eleg. schwarze Damenstiefel, Marke Bat, Nr. 38, zu verkaufen Gotthardstr. 27, 1 Tr. r.

Ein Paar lange Wasserstiefel zu verkaufen. Wo, sagt die Exped. d. Bl.

1 Schlafzimmer, kompl., 1 Flurgarderobe, Ausziehtisch, Vertiko u. Stühle zu verkaufen. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Stuben- und Küchenwirtschaft zu verkaufen
Breiten Nr. 23.

Eine guterhaltene Kinderbettstelle und ein guterhaltener Schweiteg. zu verkaufen Sängerstr. 14.

2 Bettstellen m. Matr. ein Vertiko
sehr gut erhalten, zu verkaufen. Zu erfragen Kirchstraße 1. Besichtigung von ½6 Uhr an

Eine amerikan. eine **Waschmaschine** (Schmidtsche) und ein eichenes Brühfaß zu verk. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Einen Posten Spreu
verkauft Menschau Nr. 24.

Legehühner und Zuchttauben
zu verkaufen Sixtenstr. 9.

Ferkel verkauft
Lennerstraße Nr. 6.

Ein 4½ jähriger u.
Sattelochse
ist zu verkaufen
Kriegsdorf Nr. 20.

7jährigen braunen
Wallach,
lammfromm und zugfest, verkauft, weil überzählig
Albert Kirna, Weißenfels, Zeitzerstraße 176.

Persil persil persil persil
wäscht schneeweiß, ersetzt Rasenbleiche, schont und erhält die Wäsche,
spart Arbeit Seife u. Kohlen.
Bestes und billigstes selbsttätiges
Waschmittel
Preis Mk. 4.— das Paket
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Torpedo modernste **Schreibmaschine**
Vertretung: Gustav Engel Söhne, Merseburg. Tel. 203.

Maschinen- und Geräte-Auktion.
Tief- und Straßenbau.

Mittwoch, den 16 Februar d. J., vorm. 11 Uhr, werde ich im Grundstück Weißenfeller Straße 27, hier, öffentlich, meistbietend gegen Barzahlung versteigern:

1 Diaphragmapumpe m. Zubehör und 8 m Schlauch (neu) 6 Lochschnellenbohrmaschinen, 1 Schienenmäge, 1 Schienenbohrvorrat, 1 Bohrmarre m. Bügel, mhr. Winden, Gleisschrebböcke, -hebewinden, Spurmaße, Schwellenschrauben, Laschen, Steckschlüssel, Stopf, Spitz-, Böschungshacken, Steinschlagschabeln, eis. Beton- und Erdstampfer, eine Partie 2,6 m lange, 6 cm starke Spundbohlen, mhr. Zangen, Schpitäle, Schalbretter, Karrbohlen, eiserne u. hölzerne Karren, Teerkessel, 5 Ztr. Blei, Teer- und Weißstriche, Geschirr-Kübel, Mischbütte, Tische u. Bänke, 1 Kiesleiter, mhr. gr. eis. Hämmer, verzinkt Rohre, Tonrohre, Wisserasseln, Wiegeplatten, 3 neue Rüttelleiten (8 m lang), 1 Partie Pflastersteine, sowie versch. andere Geräte.

Besichtigung ab 15. d. M., nachm

Im Auftrage:
Albert Franke, beeid. Auktionator.

Freiwillige Versteigerung.

Sonnabend, den 12. Febr., d. J., vormittags ¼10 Uhr, versteigere ich im Thüringer Hof, hier, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung:

1 Herrnzimmer, komplett (neu), 1 Schlafzimmer (neu) mehrere Bettstellen m. Matr., 1 Federbett, 1 Tuameau (2 m hoch), mehrere Schränke, Tische u. Stühle, 1 Grammophon m. Platten, mehrere Paar Schuhe, Herren- u. Kinderwäsche, sowie verschiedene andere Gebrauchsgegenstände.

Albert Franke, beeidigter Auktionator.

Bekanntmachung.

Laut Beschluß des Oberversicherungsamtes zu Merseburg vom 19. Januar 1921 wird die Betriebskrankenkasse der Firma Gebr. Dietrich, G. m. b. H., Merseburg, zum 1. März 1921 geschlossen. Es wird dieses hiermit zur Kenntnis gebracht und gleichzeitig aufgefordert, etwaige Ansprüche bis zum 28. Februar 1921 geltend zu machen.

Merseburg, den 8. Februar 1921.

Betriebskrankenkasse der Fa. Gebr. Dietrich G. m. b. H.

Treibriemen
v. Dolffs & Helle, Braunschweig
Bedeutende Lederriemen-Fabrik

Mais-Schrot u. Rapskuchen
hat abzugeben
Feit, Meuschauer Mühle.

Mod. Transmissionen sof. lieferb., Preisl. umsonst. H. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Viehtröge
in allen Größen und Farben offeriert
Michelbrikett-Verkaufsstelle
m. b. H.
Neumarkt 67 — Fernspr. 82.

Von Freitag, d. 11. Februar ab steht ein Transport sehr schöner, junger, ganz
hochtragend. Kühe und Kalben
sowie
Kühe mit Kälbern
sehr preiswert zum Verkauf bei
Reinhold Geiler
Bahnhof Corbetha.

Ia Maschinen-Oel
für Elektromotore liefert preiswert
P. Rudolph, Lindenstr. 6.
Spezialhaus f. Elektrotechnik.

Quittungsbücher für Miete, Zinsen, Pacht
hält vorrätig
Geschäftsstelle des „Merseburger Korrespondent".

Freitag
Schlachtefest
Richard Tepper, Neumarkt 45.

Hohenzollern!
Heute
Schlachtefest!

Gute Pflege
für 1¼ Jahr altes Kind gesucht. Ang. unt. 3292 a. d. Exp. d. Bl.

Gute Pflege
für 1¼ Jahr altes Kind gesucht. Ang. unt. 3307 a. d. Exp. d. Bl.

Stiefeln u. Schuhe
besohlt u. repariert
N. Breitme, Schmale Str. 28.

Wäsche zum Waschen
wird angenommen
Gr. Ritterstr. 33, part.

Amtliche Bekanntmachungen für den Kreis Merseburg.

Stück 11 — Merseburg, 9. Februar 1921

Haftung der Amtlichen Blätter (Reichsgesetzblatt, Gesetzsammlung u. Regierungsamtsblatt).

62] Nach Mitteilungen einiger Polizeiämter weigern sich verschiedene Gemeinden und Gutsbezirke, das Reichsgesetzblatt, die Preußische Gesetzsammlung und das Regierungsamtsblatt vom 1. Januar 1921 ab weiter zu halten, da nach den ministeriellen Bestimmungen eine Aufhebung der Verpflichtung zur Haltung dieser amtlichen Blätter nicht erfolgt ist, so sind die Gemeinden und Gutsbezirke, die das Abonnement am 1. Januar 1921 auf alle 3 Blätter (Gemeinden und Gutsbezirke) zum Halten alter 3 Blätter verpflichtet. Nur in besonderen Fällen können Gutsbezirke und kleinere Gemeinden auf Zeit davon befreit werden. Ich muß erwarten, daß die Gemeinden und Gutsbezirke, die das Abonnement am 1. Januar 1921 auf alle 3 Blätter oder 1 von ihnen etwa eingestellt haben, dieses sofort beim zuständigen Postamt wieder bestellen werden. Wollen Gemeinden oder Gutsbezirke von der Bestellung absehen, so sind sofortige Gesuche unter genauer Darlegung der Verhältnisse und unter beistehender Stellungnahme mir baldigst einzureichen.

Merseburg, den 7. Februar 1921.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten.

Textilmaterialversorgung.

60] Das Reichsfederlager in Halle hat dem Kommunalverband als Restbestände 918 Meter sebrauner Drell zum Preise von 9,75 ℳ pro Meter zur späteren Abgabe an die berechtigte Bevölkerung angeteilt. Die Anteilsscheine Nichtbesitzer, welche den Verkauf übernehmen wollen, weise ich hiermit hin, daß nach dem Reichsfederlager den Kommunalverbänden bereits mitgeteilt hat, die Abholung der Ware von Halle oder auf Wunsch auch ihre Überlassung durch das Lager erfolgen kann.

Die Abnahmebescheide sind spätestens bis zum 16. d. Mts. dem Reichsfederlager in Halle mitzuteilen, da sonst über die Ware anderweitig verfügt werden würde.

Merseburg, den 7. Februar 1921.

Der kommissarische Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreisbeauftragter.

Bestätigung eines Schöffen.

61] Der Landwirt Alois Seelenberg, in Gisdorf ist von mir anstelle des verstorbenen Landwirts Ernst Geiger in Gisdorf als erster Schöffe der Gemeinde Gisdorf bestätigt worden.

Merseburg, den 31. Januar 1921.

Der Landrat.
J. V.: Kürsten, Kreisbeauftragter.

Druck und Verlag von Th. Nöthner in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210209-15/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4.90 Mk., frei Haus 5,— Mk.; durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen 6 Mk. einschl. Bestell- u. Bezugsgeld. Einzelnummer 25 Pfg.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg., im Reklameteil 1 Mk., für Stellenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324. Geschäftsstelle 466.

Mit dem wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der jeweilig erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 33 — Mittwoch den 9. Februar 1921 — 47. Jahrg.

Reichsfinanzen und Ententeforderungen.

Von Dr. Pachnicke, M. d. R.

78 Sitzungen hat der Hauptausschuß auf die Beratungen des Etats seit vorigem Herbst verwendet. Abstriche sind dabei nur in ganz geringfügigem Maße erfolgt; es kamen im Gegenteil Wünsche nach Erhöhungen bei den verschiedensten Titeln zum Ausdruck. Am Schlusse des mit dem 31. März ablaufenden Finanzjahres steht ein Fehlbetrag von 80 bis 90 Milliarden Mark. Auf 79 Milliarden wurde er bereits vor 2 bis 3 Wochen geschätzt. Inzwischen aber sind weitere Forderungen großen Stils hinzugetreten und neue stehen in Aussicht.

Für die Erwerbslosenunterstützung ist bereits etwa eine Milliarde Mark ausgegeben. Eine zweite Milliarde wurde in einem Ergänzungsetat des Arbeitsministeriums soeben gefordert und bewilligt. Davon sollen etwa 50 Millionen monatlich zur Unterstützung, der Rest zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit verwendet werden. Für Wohnungszwecke haben Reich, Länder und Gemeinden seit dem November 1918 4,2 Milliarden ausgegeben, ohne daß die Wohnungsnot dadurch sühlbar gelindert wurde. Um nicht auch das Baujahr 1921 ungenützt vorübergehen zu lassen, entschloß sich die Finanzverwaltung, über das bisher Geleistete hinaus noch 1½ Milliarden an Vorschüssen für Länder und Gemeinden zu bewilligen, welche ihrerseits durch später einzuführende Steuern dafür Deckung bieten sollen. Ob das Reich tatsächlich wieder zu seinem Gelde kommt, ist keineswegs sicher. Einstweilen schafft die Notenpresse Deckung.

Ein weiterer in den geschätzten 79 Milliarden nicht enthaltener Ausgabeposten betrifft die Zuwendungen des Reiches an die Länder für Gehaltserhöhungen. Über die 20 Milliarden hinaus, welche die Besoldungsordnung und das Pensionsergänzungsgesetz erfordern, muß das Reich zur Bestreitung des neuerdings bewilligten Teuerungszuschlages etwa 4 weitere Milliarden zahlen. Die Länder empfangen einen Zuschuß, die Gemeinden nicht. Der Reichsrat hatte gebeten, wenigstens 100 Millionen auszuwerfen, damit bedürftige Gemeinden in die Lage gesetzt werden, die erhöhten Gehälter zu bezahlen. Welche Gemeinden sind aber heute nicht bedürftig oder würden sich nicht als bedürftig bezeichnen, sobald es gilt, aus einem Fonds Zuwendungen zu erlangen. Die 100 Millionen wären dann nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

5½ Milliarden sind kurzerhand zur Verbilligung von Auslandsgetreide, 1,3 Milliarden zur Verbilligung von Auslandsmais für Futterzwecke, 500 Millionen für phosphorsäurehaltige Düngemittel, 277 Millionen für Frühbruchprämien bewilligt worden. Nach Milliarden zählende Opfer werden noch erforderlich, um die Ansprüche der Reeder zu befriedigen, die ihre Handelsflotte wieder herstellen wollen. Viele Milliarden sind nötig, um die Auslandsdeutschen zu entschädigen, die im Krieg ihr Vermögen verloren haben. Es braucht ferner nur eine neue Teuerungswelle oder infolge der beabsichtigten Änderung der Mietsordnung eine erhebliche Mietssteigerung zu kommen, dann ist eine neue Lohn- und Gehaltsbewegung da, die wiederum Milliarden verschlingt.

Die Finanzlage ist also über alle Maßen **trostlos**. Dazu kommen die Propositionen des Feindbundes, die sich, wenn nicht noch ein Wunder geschieht, in Dezisionen verwandeln und mit Sanktionen enden werden. Noch sind es Vorschläge, bald werden es Vorschriften sein, deren Nichterfüllung die angedrohten Strafen nach sich zieht. Die Entente will uns erst wehrlos machen und uns dann wirtschaftlich knebeln. Wie wir dabei aber Summen von geradezu astronomischen Größenverhältnissen zahlen sollen, das ist ihr Geheimnis.

Neue Steuern werden angekündigt auf Zucker, Süßstoff, Branntwein, Devisen, Versicherungen und auf Kohle. Aber selbst wenn der Reichstag, was keineswegs feststeht, sie alle bewilligen sollte, würden höchstenfalls einige Milliarden Papiergeld herausspringen, welche zu den erstmalig geforderten zwei Milliarden Goldmark außer allem Verhältnis stehen. Wieder müßte die Notenpresse helfen. Die jetzt bereits 79 Milliarden betragende schwebende Schuld stiege ins Ungeheure weiter. Damit aber würden wir uns den Geld- und Marktverhältnissen Österreichs nähern, das uns in dieser Richtung immer nur 1½ Jahre voraus war.

Hätte der Feind auch nur eine Spur von wirtschaftlicher Einsicht, so müßte er seine Forderungen nach Maßgabe der zu erwartenden Gegenvorschläge herabsetzen. Darf man soviel staatsmännische Einsicht von Leuten erwarten, deren Augen von Rachsucht geblendet sind?

*

Deutschland nimmt die Einladung nach London an.

Das Auswärtige Amt hat auf die an die deutsche Regierung ergangene mündliche Einladung zur Londoner Konferenz nunmehr der französischen Botschaft geantwortet, daß diese Einladung nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung angenommen werde, daß auch die deutschen Gegenvorschläge auf der Konferenz zur Beratung gestellt werden.

Nach der Erklärung Dr. Simons im Reichstag bilden die Pariser Beschlüsse nach Ansicht der deutschen Regierung keine geeignete Grundlage für Verhandlungen. Die Reichsregierung will daher durch Gegenvorschläge eine neue Grundlage zu Verhandlungen finden. Nur unter dem Vorbehalt, daß diese deutschen Gegenvorschläge in London auch zur Beratung kommen, kann nach ihrer Stellungnahme die Regierung die Einladung nach London annehmen. Sie zwingt durch diesen Vorbehalt zugleich die Entente, sich rechtzeitig zu erklären, ob es sich in London nur um ein Diktat handeln soll, oder um wirkliche Verhandlungen zwischen Parteien mit gleichen Rechten.

Zwei unvereinbare Forderungen.

London, 8. Febr. Zu der Rede Lloyd Georges in Birmingham schreibt der „Star": Lloyd Georges Politik in der Reparationsfrage sei das aus Latten und Leinwand zusammengesetzte Schloß des Kulissenschiebers, das die Unordnung und Verwirrung, die dahinter steke, verhüllen solle. Deutschland, darüber seien sich alle einig, müsse für die Ruinen und die Verheerung, die es angerichtet habe, eine Reparation bezahlen. Man habe jedoch bereits keine Kolonien genommen und Teile seines europäischen Besitzes, dazu seine Schiffe, sein Hauptkohlengebiet und eine beträchtliche Summe in Gold. Deutschland müsse den übrigen Teil der Reparation in Waren bezahlen; sofort erhebe sich aber in allen Ländern der Alliierten scharfer Widerstand dagegen. Die „Westminster Gazette" schreibt: Die Politiker versuchen zwei miteinander unvereinbare Forderungen, die Forderung nach Wiedergutmachungen und die Forderung, daß die eigenen Industrien durch die billigen deutschen Waren nicht in Mitleidenschaft gezogen werden sollen, zugleich zu befriedigen. In Lloyd Georges Rede seien Anzeichen dafür vorhanden, daß er die ganze Wahrheit kenne, ebenso die Wahrheit darüber, ob aus Deutschland in seinem augenblicklichen Lage Waren zu erhalten seien. In seinem unerschütterlichen Glauben an den Wert von Erörterungen sage er Simons, er solle kommen und noch einmal darüber reden. Der „Manchester Guardian" führt aus: Das Geheimnis der Entschädigung sei durch Lloyd Georges Rede in ein noch tieferes Dunkel gehüllt. Das Blatt fragt, ob Lloyd George auf eine vermutete Unwissenheit seiner Zuhörer spekuliert habe oder ob er den Franzosen habe ein Kompliment machen wollen, die, nach ihrer Presse zu schließen, von seiner Rede entzückt zu sein schienen.

Die Aufnahme der deutschen Antwort.

London, 9. Febr. Reuter meldet aus Berlin, in dortigen britischen und französischen Kreisen werde die Antwort Deutschlands auf die Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz für befriedigend angesehen. Der Ton der deutschen Antwort sei persönlicher als ursprünglich erwartet worden sei. Dies werde dahin ausgelegt, daß Dr. Simons sich in seiner Haltung von einsichtsvollen Erwägungen habe leiten lassen.

Der Kohlenüberfluß in Frankreich — katastrophal!

Paris, 9. Febr. Infolge der durch das Spaer Abkommen ermöglichten Hamsterung der deutschen Kohlen **stockt der Absatz der französischen Gruben in fast katastrophaler Weise.** Die Abnahme ganzer Kohlenzüge wird verweigert, weil die Aufnahmefähigkeit der Bezieher überschritten ist. Falls dieser Zustand nur noch 10 Tage andauert, so ist nach dem Urteil der Bergwerksdirektoren eine Arbeitseinstellung unvermeidlich.

Ende des Pfälzer Milchstreiks.

Berlin, 9. Febr. Wie die Pfälzische Post meldet, hat die freie Bauernschaft den Milchstreik nunmehr bedingungslos abgebrochen.

Für Verlängerung des Achtstundentages für Familienväter.

Berlin, 9. Febr. Dem Reichstag ist aus Erfurter Unternehmerkreisen eine Eingabe zugegangen, in der um die Aufhebung des Achtstundentages für Familienväter, die im Interesse ihrer Familien länger arbeiten wollen, gebeten wird.

Deutscher Dank an Amerika für die Milchkühe.

Berlin, 9. Febr. Aus Anlaß der Ankunft des ersten Transportes amerikanischer Milchkühe, der bekanntlich am 7. Februar mit dem Dampfer „West Arrow" in Bremen eingelaufen ist, hat der Ernährungsminister, wie mitgeteilt wird, den amerikanischen Geschenkgeber durch nachstehendes Kabeltelegramm den Dank der Regierung übermittelt: „Glückliche Ankunft des ersten Transportes Milchkühe gibt mir Veranlassung, allen Spendern wie der tatkräftigen Unterstützung durch die Zaireo bei Lösung des schwierigen Problems tief empfundenen Dank auszusprechen. Erneut erweisene amerikanische Opferfreudigkeit für das durch Hungerblockade erschöpfte deutsche Volk wird in weiten deutschen Kreisen aufrichtigste Gefühle der Dankbarkeit auslösen. Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. Dr. Hermes."

Die bayerischen Sozialisten gegen die Regierung.

Nürnberg, 9. Febr. Die sozialistische Partei Frankens veröffentlicht einen Aufruf an die nordbayerische Bevölkerung, in dem es u. a. heißt: „Das Interesse Nordbayerns liegt nicht bei den Separatisten, sondern in der Einheit des Deutschen Reiches. Die wertätige Bevölkerung Nordbayerns hält eine Zersplitterungspolitik für verhängnisvoll und katastrophal. Kommt die Regierung in München nicht in letzter Stunde zur Besinnung, läßt sie es auf den Bruch mit dem Reiche ankommen, dann wird die arbeitende Bevölkerung von Nordbayern ebenso wie die Bevölkerung von Württemberg und Baden das Tischtuch mit München zerschneiden und sich auf die Seite des Reiches stellen."

Schneiderstreik in Stettin.

Stettin, 9. Febr. In Stettin sind gestern die Schneider, sowie die in der Herren- und Knabenkonfektion beschäftigten Heimarbeiter in den Ausstand getreten. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten nehmen 5000 Arbeitnehmer am Streik teil.

Das neue Anschlußverbot für Österreich.

Wien, 9. Febr. Die karlistische Wiener „Montagszeig." bestätigt, daß die Mantelnote, die dem Protokoll der Pariser Verhandlungen beigegeben ist, das Anschlußverbot aufs neue betont. Gleichzeitig verweist das Blatt darauf, daß der Wiener französische Geschäftsträger nach dem österreichischen Kabinettswechsel dem Bundeskanzler Dr. Mayr mitteilte, daß, falls Österreich tatsächlich den Anschluß zu poltzichen beabsichtigt, die Besetzung Wiens durch tschechische Truppen und die Besetzung Kärntens durch südslawische Truppen in Aussicht genommen sei.

Konflikt zwischen Japan und Wladiwostok.

Washington, 9. Febr. (TU.) Die Beziehungen zwischen Japan und der Regierung von Wladiwostok sind nach Meldungen aus Tokio sehr gespannt. Es droht der Ausbruch von Feindseligkeiten.

Eine Schweizer Überraschung für den Völkerbund.

Paris, 9. Febr. (TU.) Der vom Schweizer Bundesrat gefaßte Beschluß, dem für die Wilnaer Volksbestimmung bestimmten alliierten Truppenkontingent den Durchgang durch die Schweiz nicht zu gestatten, hat die Leiter des Völkerbundes überrascht. Man erwartet, daß bei dem am 21. Februar erfolgenden Zusammentritt des Völkerbundrates der Generalsekretariat Protest dagegen erheben wird.

Matrosenaufstand in Kronstadt.

Helsingfors, 9. Febr. Ende Januar meuterte ein großer Teil der Matrosen in Kronstadt. Nach russischen Blättermeldungen wurde der ganze Hafen von den Meuterern besetzt und der Oberkommissär der Flotte verhaftet. Zur Unterdrückung des Aufstandes wurden Truppen aus Moskau abgesandt, die in schwere Kämpfe mit den Rebellen verwickelt wurden. Da die meuternden Matrosen auch nach Petersburg kamen, wurde der Belagerungszustand über die Stadt verhängt.

Politische Uebersicht.

England.

Das Schicksal der Kriegsgefangenen in Ägypten.

Genf, 9. Febr. Der Oberkommissar des Völkerbundes für die Heimschaffung der Kriegsgefangenen erhielt vom britischen Minister des Äußern die Mitteilung, daß von den 433 österreichischen und deutschen Kriegsgefangenen, die während des Krieges in Ägypten interniert waren, 415 auf ihr Ansuchen hin nach Palästina gebracht wurden, die anderen wünschen nach Deutschland gebracht zu werden. Ihre Heimsendung erfolgt, sobald die Transportmittel zur Verfügung stehen.

Türkei.

Abreise der türkischen Mission nach London.

London, 9. Febr. Reuter meldet aus Konstantinopel, daß die Regierung von Angora die Abreise der Mission für die Londoner Konferenz via Adalia mitgeteilt und erlucht hat, daß die Konferenz wegen der Möglichkeit einer verspäteten Ankunft der Mission verschoben werden möchte.

*

Deutschland.

Kosten des verlorenen Krieges.

Dem Vierundzwanzigsten Ausschuß des Reichstages sind interessante statistische Angaben über die Vorentschädigungen geschädigter Deutscher zugegangen. Wir bringen daraus folgende bemerkenswerte Zahlen: 1. Auslandsschäden. Bis zum 31. Dezember 1920 waren beim Bund der Auslandsdeutschen rund 52 000 Anträge eingegangen, wovon 27 000 an die Spruchkommission abgegeben sind, so daß beim Bunde unerledigt bleiben 25 000 Anträge. Beim Verband der im Ausland geschädigten Inlandsdeutschen sind 11 000 Anträge eingegangen, an die Spruchkommissionen abgegeben oder sonst erledigt sind 5000 Anträge, unerledigt sind beim Verband 6000 Anträge. Bei den 68 Spruchkommissionen sind von 38 915 Anträgen 27 747 durch Spruch erledigt, sodaß unerledigt noch 6168 Anträge sind. Zuerkannt haben die Spruchkommissionen bisher insgesamt 325 Millionen Mark. Davon sind rechtskräftig geworden Sprüche über rund 210 Millionen Mark, davon ausgezahlt 150 Millionen Mark, während wegen der restlichen

erhalten werden, der sich irgendwie der jetzt von Deutschland geforderten Summe nähern wird. Wahrscheinlich werden wir nicht einmal ein Viertel bekommen. Einige gehen sogar so weit, zu meinen, daß nicht einmal ein Zehntel einzutreiben sein werde. Deutschland kann nur in Waren zahlen. Wenn es die Waren in großen Mengen auf Frankreich und England ausgießt, dann wird der Rest des Handelsgeschäfts, das Frankreich gebieten ist, fast ganz vernichtet und die Industrie Englands in alarmierender Weise stranguliert werden, so daß unser Volk unter ausgedehnter Arbeitslosigkeit zu leiden haben wird. Mit anderen Worten: Irgend etwas, was über einen mäßigen Jahresmaximalbetrag hinausgeht, wird in Wirklichkeit von uns selbst getragen werden, und wenn nicht irgendein Arrangement getroffen werden kann, unter welchem Deutschland zugleich mit uns in relativem Maße seine verlorene Handelskraft wiedergewinnen kann, muß ganz Europa und in der Tat die ganze Welt in dem Hexenkessel bleiben, in dem wir uns gegenwärtig befinden. Die Pariser Vorschläge sind ein wahnsinniger Versuch, das Unmögliche zu vollbringen. Ich habe in meinen obigen Bemerkungen mein Urteil vielleicht ein wenig übertrieben, um daß zu unterstreichen, was in sehr entschiedener Weise die Ansicht der Leute ist, die sich wirklich bemühen, zu einer Lösung der Frage zu kommen.

Die unmögliche Abrüstung der Ostfestungen.

Die Pariser Beschlüsse enthalten neben der Wiedergutmachungsfragen bekanntlich auch genaue Vorschriften über die weitere Entwaffnung, insbesondere über die Schleifung der noch verbleibenden wenigen Ostfestungen, wie Königsberg, Swinemünde, Pillau und Küstrin. Unter allen möglichen Vorwänden wird der Versuch gemacht, diese für die Verteidigung Deutschlands unbedingt notwendigen Festungen widerstandslos zu machen. Es erübrigt sich, auf die technischen Einzelheiten einzugehen, es genügt die Feststellung, daß die Ostfestungen vollständig ihres modernen Verteidigungscharakters entkleidet werden sollen. Hiergegen müssen wir selbstverständlich immer wieder Einspruch erheben, weil der Zustand im Osten, insbesondere die ungeklärte Lage zwischen Polen und Rußland unsere ganze Aufmerksamkeit erfordert. Die Entente müßte doch einsehen, daß sie sich mit der Forderung unserer vollständigen Abrüstung im Osten unter Umständen ins eigene Fleisch schneidet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319210209-15/fragment/page=0007